Nr. 302

6. Oktober 1994

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Hallo!!
Während hier in Berlin am 3.10. ca. 2000 Menschen gegen die Deutschtümeleien demonstrierten, haben trotz Medienhetze und massivem Bullenaufgebot in Bremen die Leute die Straße sich nicht nehmen lassen und laut und lebendig klargemacht, was sie von national-schwülstigen Feiertagen halten. Nichts!
Dazu erreichte uns lobenswerterweise schon ein erster Bericht (Lob und Dank für die 1a-Schnelligkeit, wirklich vorbildlich!)
Weitere Erfolge können durch die autonome Beteiligung am Superwahljahr 1994 verbucht werden. Siehe die Erklärungen zu den Volxsportaktivitäten gegen die SPDFDPCDU in dieser Ausgabe.

Die optische Qualität einiger der zugereichten Artikel ist unter aller Sau. Es verwundert, wie wenig Wert manche auf die Lesbarkeit und Veröffentlichung ihrer Artikel legen. Über die Ästhetik wollen wir dabei gar nicht reden (-> (Das Auge liest mit!).
Die GenossInnen aus dem tiefsten Westen haben sich wenigstens noch kurz gehalten, da haben wir uns ausnahmsweise für "Gnade vor Recht" entschieden und ihn selber noch mal eingehackt. Aber glaubt ja nicht, daß uns das Spaß machen würde!

Verbindlichsten Dank mal wieder für die Schoki!



Ordner:
- Brief von Lutz Taufer
- Reaktion auf Lutz Taufer von der Broschüregruppe im M99
- Interview über den Widerstand gegen den französoschen Kolonialkrieg in Algerien
- Pressematerial zur Häuserräumung in HH
- unleserliche Anschlagserklärung gegen einen Oberbullen aus HH
- Antifa-Kundgebung in Köpenick (zu spät!)
- Pressemitteilung: "Deutschlands Fest"
- "Wir scheißen auf den Aufbau Ost" (eigens für den Ordner abgegeben)

Inhalt:





Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Deutschland halt's Maul

der 3.Oktober in Bremen

Dieser Bericht entstand am späten Montagabend/nacht und will Eindrücke von den Ereignissen am 2./3.10. in Bremen vermitteln und möglichst objektiv das Wichtigste zusammenzufassen., zumindest für die Orte, an denen ich mich befand.
Im Vorfeld war Böses zu erwarten: die Demo trotz Klage bis vor das Oberverwaltungsgericht (vgl. "Großer Zapfenstreich") verboten worden, schärfste Sicherheitsvorkehrungen und ein für eine Stadt wir Bremen gigantischen Bullenaufgebot von mehr als 3000 Bütteln angekündigt. Und die verhaßte Staaatsmacht reagierte äußerst agressiv: Das Bündnisbüro wurde durchsucht, am Sontag stürmte das Bremer SEK am frühen abend das Sielwallhaus (35 Festnahemen, Beschlagnahmung von Fax, Telefon etc. wie am Tag zuvor) und versuchte vergeblich ein weiteres Treffen von Gruppen im Lagerhaus zu unterbinden, um die Infrastruktur endgültig zu zerschlagen.. Die Stimmung war reichlich vergiftet. Ganz zufällig begann dann auch im Ostertor (Szeneviertel) kurz nach null Uhr Montag folgendes: an der Kreuzung Sielwall/ Ostertorsteinweg sammelten sich vielleicht 150 Leute und "warteten". Jo, und dann ging alles recht schnell. Es krachte und splitterte und ehe es der Großteil überhaupt mitbekommen hatte, standen etwa hundert Meter oberhalb der Kreuzung schwere Blumenkübel auf der Straße und auf selbiger brannte lichterloh ein Mercedes. Von den Bullen war weit und breit nichts zu sehen. Merkwürdig. Die Menge schwoll kontinuierlich an, und als endlich etwa 2 Hundertschaften auswärtige Bereitschafts- und BGSbullen einritten, waren es wohl schon an die 500 fröhliche, ausgelassene Menschen, die alle sehr hämisch grinsten und frohlockten. Die Bullen beschrankten sich darauf, die Feuerwehr beim Löschen zu schützen und immer wieder in einzelne, extrem kleine Nebenstraßen zu laufen, die es ihnen noch sehr sehr schwer machen sollten. So strömte die Menge zurück zur Kreuzung, aus den Häusern ringsum dröhnte inzwischen "heiße Mucke" - Volxfeststimmung. Die Kiezrandale war vorprogrammiert, zu groß die Wut über die Bullenporvos. Und schon brannte im Rucken der Bullen das nächste Auto, Schaufenster gingen zu Bruch und Gerüchten zufolge soll weiter aufwärts auch ein Penny-Markt geplündert worden sein. Die Bullen wirkten wider Erwarten extrem planlos und unmotiviert. In Höchstfahrt vorbeifahrende Wannen wurden entglast, die Bullenketten kassierten von der vermummten Menge massiv Wurfgeschosse jeglicher Art und Größe und brachte es im Höchstfall fertig, die Menge 100 Meter vor zu treiben, um sich dann zur Musik von Peter & der Wolf oder dem Ernie & Bert-Evergreen "Hätt ich Dich heut erwartet...) unverzüglich wieder zurückzuziehen. Diese Spielchen dauerten wohl weit bis nach 2.00 Uhr an.
Nach sehr wenig Schlaf sollte dann an besagter Kreuzung trotz Verbots um 8.oo Uhr morgens die "Offizielle" Demo beginnen. Das Ostertorviertel war weiträumig abgesperrt, aber - auch begünstigt durch die vielen kleinen Nebenstraßen - gelang es sich im Umkreis an verschiedenen Orten zu sammeln, was angesichtes der proklammierten "scharfen Sicherheitsvorkehrungen etc.bla" schon mal ein Wunder war. Gegen 8.45 räumten dann die Bullen die Kreuzung (auf der eh kaum ein Schwein war) und sofort formierte sich in den Seitenstraßen ein Demonstrationszug, der regen Zulauf erfuhr und wohl etwa tausend Personen umfaßte und ein für Berlin mittlerweile ganz ungewohntes Bild abgab: ein entschlossener, lautstarker Block, zum großen Teil mit Hasskappen versehen - was kein Qualitatsmerkmal, sondern eine Anmerkung sein soll. Parallel dazu formierten sich im Bereich Innenstadt-Hauptbahnhof noch weitere Demozüge, zu denen ich aber nicht viel sagen kann außer, daß sie auch gut besucht gewesen sein sollen. Unser Zug jedenfalls lief (unbehelligt!), unterquerte ohne Probleme das gefährliche Nadelöhr Bahnbrücke!! - und marschierte auf das Kongresszentrum zu. Am Randes des Bürgerparks dann die erste Bullensperre, die angegriffen und zunächst weggehauen wurde. Als darauf die Bullen die Flanke des Demoaufzuge angriffen wurde es ätzend. Die noch eben so entschlossene schwarze Masse floh aus verständlichen Gründen Hals über Kopf durch den glitschigen Park, "formierte" sich auf dem riesigen Parkplatz am Randes des ICC neu und marschierte dann völlig hohl (so mein Eindruck) direkt auf einen Bauzaun am Bahndamm zu. Tja, und da wurden wir dann von einem ziemlich großen Aufgebot nordeutscher SEKs eingekesselt. Die Bullen fuhren reichlich Verstärkung und erstmalig auch Wasserwerfer auf (Kunststück bei eingekesselter Menge). Und so harrten wir unter den Augen der Fresse sehr solidarisch dem Untergang entgegen, sollten als "Teilnehmer einer verbotenen Demonstration" vorübergehend festgenommen und zur Identitätsfeststellung einzeln abgeführt werden.
Die Bullen gaben sich moderat, wir auch ("Wollen Pizza!!"). Nachdem sie etwa ein dutzend Leute in Wannen verfrachtet hatten, stellten sie wohl fest, das angesichts der Masse ihre Transport- und Lagerkapazität am Ende sei. So wurden wir in kleinen Gruppen, Stück für Stück in eine Bahnunterführung verbracht - und eidieweil war der gesamte Demozug wieder komplett, vorn (Innenstadt) und Hinten (ICC) durch Bullen gesichert. Die Stimmung stieg und stieg, vorn versammelten sich hinter den Bullen etwa 200 Sympathisanten und Angehörige der "politischen Gefangenen". Laute Sprechchöre und eine Stimmung, die immer geiler wurde. denn was jetzt kam, stellte alles vorhergegangene an Mißgeschicken der Bullen in den Schatten: Sie schoben ihre Sperrgitter beiseite und verschwanden!!! Keiner konnte begreifen, was los war. Euphorie, Verwunderung...kurzum: unglaublich. Diese verpatzte Aktion ihrer Büttel sollte den "Herrschenden" übel mitspielen. Die Demo formierte sich neu und schwoll auf bis zu 2000 Menschen an. Nach einigem Hin und her (Demoleitung, hä?!) ging es direkt in die Innenstadt. Keine Bullen, keine Verkehrslenkmaßnahmen, nichts: ein einziges Chaos - sie schienen ihre City aufgegeben zu haben. Sämtliche Wahlplakate gingen zu Bruch, "Schwarz-Rot-Gold" unter unentwegten "Nie wieder Deutschland"-Rufen in Flammen auf, vorbeirasende Wannen wurden erneut massiv angegriffen. Die Geschäftsstraße erlebte dann ihre wohl heftigste Scherbendemo, Commerz- und Deutsche Bank könnten ein Lied davon singen, das Krachen und Klirren sehr beachtlich und geradezu furchteinflößend. So gelangte die Demo dann auf den Domplatz (Einheitsfestplatz), der völlig verlassen war. Erst hier griffen die Bullen ein, es kam zu chaotischen Auseinandersetzungen, die Bullen schienen es zunächst mehr auf Prügelstrafe, denn Festnahme anzulegen. Hier endet mein Bericht leider, wir hielten es angesichts des nun nachgezogenen Bullenaufgebots für ratsamer zu verschwinden. So, ich hoffe es war ein bißchen interessant für Euch, bewerten mag ich's nicht mehr, bin echt zu müde...gähn!!

ein autonomer

Volxsport 1

Autonome GolferInnen in Aktion

Wir haben am 24.9.94 den Golfplatz in Bremen umgegraben. Mit dieser Aktion wollen wir unseren Protest an den nationalen Feierlichkeiten in Bremen am 3.10.94 zum Ausdruck bringen.

Am Tag der deutschen Einheit trifft sich auch dieses Jahr die "Elite" aus Politik und Wirtschaft, um die 'Errungenschaften' seit der "Wende" zu feiern und zu beklatschen. Durch die Einverleibung der DDR gelang es, neue Märkte zu erschliessen und so die Wirtschaft innerhalb West-Deutschlands anzukurbeln. Das führte zu riesigen Gewinnen der Konzerne. Zugleich sorgte die massenhafte 'Freisetzung' von Arbeitskräften in den neuen Bundesländern dafür, dassauf die im Westen arbeitende Bevölkerung Druck ausgeübt werden konnte. Denn willige, gut ausgebildete Fachkräfte standen plötzlich im Überfluss zur Verfügung. So konnten die Löhne gesenkt werden, die Arbeitskraft wurde/wird immer schlechter bezahlt. Weiterhin wurde der 'Arbeitskräfteüberschuss' dazu benutzt, die Frauen - besonders im Osten - wieder an den Herd zu schicken, gleichzeitig werden Kinderhorte und and ere soziale Einrichtungen gestrichen.

Mit nationalem Jubel, Trubel, Heiterkeit sollen uns die Köpfe vernebelt und der Blick von diesen Realitäten abgelenkt werden. Das übergeordnete nationale Interesse, das die Politiker uns verkaufen wollen, ist ein Ablenkungsmanöver und muss als solches benannt und entlarvt werden.

Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen und auch die deutsche Einheit ist ein Teil dieser Geschichte zwischen oben und unten, zwischen Kapital und Arbeiter/innen.

Wir haben in diese Auseinandersetzung mit unserer bescheidenen Aktion eingegriffen. Uns ist wichtig, dass wir die Initiative ergreifen und agieren können, dass wir die, die sich durch dieses kapitalistische System dumm und dämlich verdienen und wie die Made im Speck leben, treffen können. So wie sie in unser Leben eingreifen und es bestimmen wollen, so werden auch wir ihren Lebensbereic h nicht als Tabu betrachten.

Eine grundlegende Veränderung der jetzigen Verhältnisse werden wir nur organisiert und durch ständigen politischen Kampf erreichen. Mit diesem kapitalistischen System kann es dabei keinen Kompromiss geben, denn es ist ausschliesslich am Profit interessiert und nicht an wirklichen Lösungen der Probleme aller Menschen.

Autonome Zelle Rosa Luxemburg

organisiert kämpfen
gemeinsam für den Sozialismus

■ Anschlag

Haus überfallen

Hamburg (AFP) – Auf das Haus des Hamburger Polizei-Einsatzleiters Dommel ist in der Nacht zu gestern ein Anschlag verübt worden, bei dem erheblicher Sachschaden entstand. Nach Polizeiangaben warfen mehrere Unbekannte das Haus mit Farbe gegen das Haus des Polizisten, zertrümmerten im Eingangsbereich Fensterscheiben mit Pflastersteinen und beschädigten die Garage sowie das abgestellte Auto erheblich.

Politischer Anschlag?

Unbekannte haben in der Nacht zum Freitag in Friedrichshain einen PKW in Brand gesteckt. Der vordere Teil des Autos, das auf einem Parkplatz an der Frankfurter Allee abgestellt war, wurde durch die Flammen zerstört. Menschenleben waren nicht in Gefahr. Die Polizei schloß ein politisches Motiv [f]ür die Tat nicht aus.

■ Anschläge

... auf SPD-Büro

Bremen (AFP) – Wenige Tage nach einem mißglückten Sprengstoffanschlag auf eine Geschäftsstelle der FDP in Bremen haben Unbekannte in der Nacht zum Donnerstag die Bezirksstelle der SPD in Bremen-Nord beschädigt. Zwei Täter hätten laut Polizei ein Loch in die Eingangstür geschlagen und dann eine übel riechende Flüssigkeit in das Büro gespritzt.

... auf Polizeistation

Ahlen (AP) – Unbekannte Täter haben in der Nacht zu gestern einen Brandanschlag auf die Polizeistation im westfälischen Ahlen verübt. Drei Molotowcocktails wurden auf den Eingang des Gebäudes geworfen.

Anschlag auf SPD-Büro in Bremen

BREMEN (dpa). Unmittelbar vor den offiziellen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit im Bundesland Bremen hat der Anschlag auf ein SPD-Büro im Norden der Stadt die Sorge um die Sicherheit verstärkt. Der Verfassungsschutz in Niedersachsen befürchtet nun auch Anschläge zum 3. Oktober. Unbekannte hatten am Donnerstag morgen ätzende Buttersäure in die SPD-Geschäftsräume gespritzt. Verletzt wurde niemand. Am Montag war versucht worden, die FDP-Geschäftsstelle in Bremen durch eine Bombe mit Zeitzünder in die Luft zu sprengen. Der Anschlag konnte in letzter Minute vereitelt werden. Von den Tätern fehlt jede Spur. Die Anschläge haben zu erhöhter Wachsamkeit bei den Sicherheitskräften und in der Bevölkerung geführt. Nach Angaben der Polizei gehen verstärkt Anrufe ein, in denen besorgte Bürger über verdächtige Behälter informieren. Eine Sprecherin der Innenbehörde betonte, wegen der zentralen Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit werde alles getan, um ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten.

Linksextreme unter Verdacht

Bonn (ddp/ND). Der Brandanschlag auf die CDU-Kreisgeschäftsstelle in Siegburg am Sonntag ist offenbar von Tätern aus der linksextremen Szene begangen worden. Darauf weisen Bekennerschreiben hin, die bei zwei ortsansässigen Zeitungsredaktionen eingegangen sind, wie die Bonner Polizei mitteilte. Ersten Ermittlungen zufolge wurde der Brand mit einem Brandbeschleuniger gelegt.

Volxsport 2

Sprengstoffanschlag auf FDP-Landesbüro Bremen

"die realität wieder in die diskussion holen, den scharfen blick auf das, was ist."
(aus der hungerstreikerklärung des kollektivs der 12 gefangenen aus der roten armee fraktion, 27.7.94)


(tripolis, 1.9.89)

am vergangenen wochenende haben wir einen sprengsatz beim fdp-landesverband bremen in der elsasser straße nr.6 vorbeigebracht. dort befindet sich ebenfalls der sitz der fdp-bürgerschaftsfraktion. der sprengsatz wurde von uns deponiert vor der tür eines büros, das den bremer fdp-politiker/inne/n peter bollhagen, friedrich van nispen (innensenator), annelene von schönfeldt und klaus ziegler (wirtschaftspolitischer sprecher der fdp-bürgerschaftsfraktion zugeordnet ist.
wir haben diese aktion bewußt hier in bremen durchgeführt: zwei wochen vor der bundestagswahl am 16.10., bei der die herrschenden parteien csu/cdu/fdp/grüne/spd ihre brd-staatspolitik legitimieren lassen wollen, wird hier die offizielle nationalistische "einheitsfeier" (1. bis 3.10.) stattfinden. antiimperialistische fundamentalopposition gegen den brd-staat wird sich u.a. in der militanten auseinandersetzung mit der von den herrschenden parteien vertretenen politik ausdrücken. wir werden im folgenden darstellen, wie die fdp zur politik der bundesregierung und zur politik der bremer landesregierung spezifisch beiträgt.
"die schlechteste regierung ist eine regierung ohne die fdp." (möllemann, fdp, jan.94)
die fdp ist die partei in der brd, die seit der gründung des brd-staates 1949 am längsten von allen an der bundesregierung beteiligt ist: bis auf 1957-61 und 1966-69 war sie an der regierungsmacht. diese partei lebt davon, daß sie ihre klientel (das sind die wirtschaftseliten und jene wähler/innen, die sich einen zugang zu diesen eliten versprechen) als regierungspartei bedient. kennzeichnend für die macht der fdp ist, daß sie, gemessen am prozentualen anteil der koalitionsmandate, grundsätzlich in der jeweiligen koalitionsregierung auf ministerebene überrepräsentiert ist. in der derzeitigen bundesregierung ist die fdp mit 5 schlüsselressorts vertreten: als chef des auswärtigen amtes ist kinkel(fdp) verantwortlich für die gestaltung der außenpolitik der brd als imperialistische großmacht; das ist ein umfangreiches betätigungsfeld: dazu gehört z.b. der kampf um einen ständigen sitz der brd im uno-sicherheitsrat (als nicht-ständiges mitglied für 2 jahre kann die brd ihre neue rolle dort ab 1.1.95 einstudieren), die militärische intervention in somalia oder auch die organisierung der brd-beteiligung am völkermord in kurdistan. als amtierender eu-ratspräsident "mit besonderer europapolitischer verantwortung" (kinkel über kinkel) will er die brd als führungsmacht in einem "möglichst starken kerneuropa", wie er das im aug.94 ausgedrückt hat, etablieren. als vizekanzler und fdp-vorsitzender ist er eine der zentralen figuren in der regierung.
im bundesministerium für wirtschaft ist rexrodt(fdp) verantwortlich für das polit-management bei der ausgestaltung des kapitalistischen wirtschaftssystems. ziel seiner politik ist ein entfesselter kapitalismus: am 6.9. hat er im bundestag das brd-wirtschaftssystem als einen "gefesselten gulliver, der befreit werden muß", bezeichnet. er trägt z.b. die politische verantwortung dafür, daß zur zeit 3,63 millionen menschen ohne arbeit sind (offizielle zahl der ba), 778000 von diesen weder arbeitslosengeld noch -hilfe erhalten und in den "neuen ländern" 21,4% der frauen von arbeitslosigkeit betroffen sind.
im bundesministerium der justiz trägt leutheusser-schnarrenberger(fdp) die politische verantwortung dafür, daß die gefangenen aus der roten armee fraktion als staatsgeiseln in den brd-knästen festgehalten werden: es fällt in ihren verantwortungsbereich, wenn eine gefangene wie irmgard möller jetzt nach 22 jahren immer noch im knast ist und heidi schulz, trotz schwerer erkrankung, anfang september in stammheim zu lebenslänglichem knast verurteilt wurde.
im bundesministerium für raumordnung, bauwesen und städtebau betreibt schwaetzer(fdp) die politik des interessenverbandes der haus- u. grundbesitzer: sie ist politisch dafür verantwortlich, daß in der brd 2,5 millionen wohnungen fehlen (schätzung des mieterbundes); sie sorgt dafür, daß die spekulanten weiterhin wohnraum vernichten können und mieter/innen 25-40% ihres nettoeinkommens für die wohnung aufbringen müssen.
im bundesministerium für bildung und wissenschaft ist es aufgabe von prof.laermann(fdp) dafür zu sorgen, daß hochschulausbildung in einem überschaubaren zeitrahmen als voraussetzung für qualifizierte tätigkeiten das monopol der söhne und töchter der bonzen bleibt.
"wenn die realeinkommen zurückgehen, wenn die renten real zurückgehen, dann wird doch die frage erlaubt sein, ob das existenzminimum so noch haltbar ist." (otto friedrich wilhelm von der wenge graf lambsdorff, fdp-ehrenvorsitzender, im stern-interview)
die fdp war schon immer die "partei der besserverdienenden" (ein von generalsekretär hoyer kreierter ausdruck), hat das aber selten so deutlich gesagt wie heute. anfang juni hat die fdp im wahlprogramm für den 16.10. ihre wirtschaftspol. ziele klar formuliert: niedrigere einstiegslöhne für arbeitslose, verlängerung der lebensarbeitszeit der arbeiter/innen, öffnungsklauseln in den tarifverträgen, senkung der unternehmenssteuern, privatisierung des öffentlichen nahverkehrs, abschaffung der ladenschlußzeiten usw. als partei des wirtschaftsliberalismus sieht die fdp ihre rolle insbesondere darin, die steuerpolitischen rahmenbedingungen so zu setzen, daß sich für die kapitalistischen

eliten eine profitmaximierung ergibt. dank dieser steuerpolitik kassieren die bezieher von gewinn-, zins- oder mieteinnahmen dieses jahr netto 9% mehr als vor einem jahr, während die nettolöhne um 1,5% sinken (berechnungen des ifo-institutes). die jahrzehntelange regierungspolitik der fdp hat die soziale realität in der brd geprägt. maßgeblichen anteil daran hat graf lambsdorff, der das wirtschaftsressort 1977-84 geleitet hat. nur wenige politiker/innen der herrschenden parteien können es sich leisten, so offen und kaltschnäuzig die interessen des kapitals in der öffentlichkeit zu vertreten wie er: ;eit einem vierteljahrhundert ist die fdp an der macht. 1969 wuchs jedes 73. kind in .nem sozialhilfehaushalt auf; heute wächst jedes 11. in so unwürdigen zuständen auf." :ellte die taz im interview mit dem grafen fest (die soziale realität in der brd hat ich offenbar bis zu dieser zeitung herumgesprochen). daraufhin "antwortete" der graf: iber die unternehmenssteuern in deutschland sind die höchsten in europa - so können ir dem wettbewerb nicht standhalten. die arbeit muß billiger werden."

in problem für die fdp besteht darin, daß sie, um kontinuierlich an der macht zu bleien, wechselnde koalitionen eingehen muß, die sie an der regierung beteiligen. aufgrund er ununterscheidbarkeit der wesentlichen inhalte der cdu- u. der spd-politik ergibt ich für die fdp als permanente bedrohung, daß sich die beiden "volks"-parteien in eier großen koalition einigen; 1966-69 war solch eine situation. als dann 1969 die koaition mit der spd perfekt war, mußte sich die partei ein grundsatzprogramm ausdenken, essen formulierungen den sprechblasen der brandt-regierung angepaßt waren. im ergebnis ntstanden die "freiburger thesen" von 1971; am ende der einleitung dieser thesen heißt s deshalb: "effektiver und humaner kapitalismus: das ist das losungswort des sozialen iberalismus der zukunft." bis heute stellt der phrasenwust der freiburger thesen das grundsatzprogramm" der fdp dar. weil die partei nicht weiß, wie die koalitionskonstel-.ation sein wird, mit deren hilfe sie sich nach dem 16.10. an der macht halten kann, hat jeneralsekretär hoyer die ausarbeitung neuer phrasen erst einmal auf 1995 verschoben. 'ich bin stocksauer, daß kohl nicht so fair ist, uns unsere themen zu lassen." (grünjeck, fdp, bundestagsabgeordneter und unternehmer)

spätestens seit kinkel im juni 93 parteivorsitzender geworden ist, fährt die fdp in der koalition mit der cdu/csu einen dermaßen angepaßten kurs, daß es den wahlkampfstrategen der partei schwer fällt, potentiellen wähler/inne/n ein eigenständiges profil zu vermitteln. der slogan von der "partei der besserverdienenden" bedient lediglich die 2-3%, die das konstante wählerpotential der eliten darstellt. deshalb ist die fdp dieses jahr aus den landtagen von niedersachsen, sachsen-anhalt, brandenburg und sachsen sowie aus dem europaparlament bereits rausgeflogen. hintergedanke von kinkel ist die erwartung,







daß die fdp im windschatten kohlscher machtpolitik mit der "weiter so!"-botschaft die 5%-hürde am 16.10. überspringt. daß das eine ziemlich knappe angelegenheit werden kann, weiß er; der slogan "diesmal geht's um alles." ist deshalb nicht nur rhetorische wahlkampfdramaturgie. die fdp baut darauf, daß die mehrheit derjenigen, die zur wahl gehen, eine stabile regierung wollen, die bedeutung der fdp für koalitionsbildungen (welcher art auch immer) erkennen und deshalb zum teil der partei ihre zweitstimme "leihen". sollte diese kalkül, wider erwarten, nicht zum erfolg führen, ist das für die fdp-funktionäre persönlich auch kein großes problem: dann kehren sie einfach an ihre elitären jobs in wirtschaft und verwaltung zurück. generalsekretär hoyer scheint bereits jetzt geistig abwesend zu sein:

"dann würde ich gerne langfristige marketingstrategien im unternehmensbereich entwickeln." (neue presse, hannover, 10.8.94)

der vorteil der fdp ist, daß sie ihre politik des entfesselten kapitalismus nicht nur mit der cdu/csu durchsetzen kann. sollte nach dem 16.10. die csu/cdu/fdp-koalition keine absolute mehrheit haben, hat die fdp noch eine andere möglichkeit, an der macht zu bleiben: das modell der ampelkoalition mit hilfe von spd/grüne, d.h. das bremer modell.

"wir müssen jetzt beginnen, die asyldebatte zu enttabuisieren." (kröning, spd, im sommer 91)

die ampelkoalition (fdp/spd/grüne) ist ende 91 vor dem folgenden politischen hintergrund entstanden: im sommer 91 hatte die regierende spd mit bürgermeister wedemeier an der spitze eine rassistische offensive gestartet: am 15.7. verkündete wedemeier in einer brd-weit aufsehenerregenden pressekonferenz, daß künftig in bremen asylanträge von flüchtlingen aus polen und rumänien grundsätzlich nicht mehr angenommen werden, daß die zahl der pro monat aufzunehmenden flüchtlinge auf 300 begrenzt wird und daß gegen die "halborganisierte kriminalität der roma" eingeschritten werden muß. ziel der bremer spd-offensive war es also, daß grundgesetz auf administrativem wege für flüchtlinge außer kraft zu setzen. weil viele wähler/innen, unterstützt von der bild-zeitungsserie (16.-24.9.91) "asylanten in bremen - wer soll das bezahlen?", der meinung waren, daß andere pol. gruppierungen die rassistische offensive noch etwas effizienter umzusetzen in der lage wären als die spd, war es nach der landtagswahl (29.9.91) mit der jahrzehntelangen spd-alleinregierung vorbei: die spd erzielte mit 38,8% ihr schlechtestes wahlergebnis seit 1949; die cdu gewann 7% hinzu und die dvu zog mit 6,2% in die bürgerschaft ein; in dieser situation boten die funktionäre der grünen partei der spd eine koalition an; das war die situation, auf die die fdp gewartet hatte: das bremer kapital hatte eine fdp-wählerini gegründet, die jetzt druck dahingehend machte, die fdp an der regierung zu beteiligen. in den koalitionsverhandlungen entdeckte die fdp, daß die grünen spitzenfunktionäre "geradewegs angenehm und sympathisch" (jäger,fdp) sind und mit ihnen eine politik des effektiven kapitalismus durchführbar ist. die grüne parteibasis mußte die für sie neue machtpolitik erst noch "lernen": am 7.12. lehnte die landesdelegiertenversammlung die koalitionsvereinbarungen der ampel ab, um am 10.12. doch zuzustimmen; am 11.12 91 war es dann soweit: die fdp besetzte mit jäger (wirtschaftssenator) und nispen (innensenator) 2 schlüsselressorts in der ampelkoalition.

"wie mit den asylbewerbern in dem proppenvollen land umgegangen werden soll, weiß im moment noch niemand zu sagen." (der "spiegel" im okt.91 über die situation im bundesland bremen)

im noblen bremer stadtteil schwachhausen (der stadtteil heißt wirklich so; dort befindet sich auch die elsasser straße mit dem sitz des fdp-landesverbandes) war sich die mehrheit der bürger/innen im sommer/herbst 91 einig: flüchtlinge raus aus schwachhauser das hatte für das flüchtlingswohnheim in der schwachhauser heerstraße 110 folgenede ko quenzen: zunächst demonstrierte am 6.6.91 eine große koalition der herrschenden partei (cdu/fdp/spd/grüne) zusammen mit anwohnerinis gegen das "dealerquartier". am 26.6. fol te eine 2. demo unter dem motto "gegen drogenhandel, vergewaltigung und messerstecherei" direkt vor dem wohnheim. in der nacht zum nationalistischen feiertag 3.10.91 habe die faschisten der "penny-crew" (eine stadtteilclique) die demoforderung dann konseque verwirklicht: noch in der nacht des brandanschlags wurden die flüchtlinge wegtransportiert und das heim geschlossen. jetzt, 3 jahre später, wird der nationalistische/rassistische konsens gefeiert; das offizielle festprogramm am 3.10. beginnt nach art des christlichen abendlandes: mit einem ökumenischen gottesdienst in der kirche st.ansgari im stadtteil schwachhausen.

"ich komme von freunden und warte bei einer telefonzelle am sielwall. es ist ungefähr 10 uhr morgens, im januar 92. wieder überfällt mich ein polizist. ich kann nicht sprechen, so sehr wird mir von ihm die kehle zugedrückt. mir werden dann handschellen angelegt und ich werde zur polizeiwache in peterswerder gebracht. dort muß ich mich nackt ausziehen und werde dabei von 3 bullen geschlagen. sie treten und sie haben wieder diese electric gun. sie mißhandeln mich mit stromstößen. dann sagen sie mir, daß ich mich wieder anziehen soll. ich bin gerade dabei, mir die hose wieder anzuziehen, als einer der bullen mich in den oberschenkel tritt. ich falle zu boden und da tritt der bulle nochmal zu. dann schütten sie wasser in meine schuhe, und so muß ich die anziehen. das wasser, das aus meinen schuhen läuft, muß ich dann mit meiner jacke aufwischen. die bullen sind darüber sehr belustigt." (aus dem bericht eines flüchtlings im jahr 1992)

nispen war noch keinen monat im amt, da veranlaßte er, daß die rassistische offensive der spd von 1991 forciert weitergeführt wurde. neben der fahndung nach flüchtlingen ohne aufenthaltsrecht in bremen war es wesentliches ziel der nispen-kampagne, feindbilder zu produzieren, um die flüchtlinge in bremen noch mehr unter druck zu setzen. diese feindbilder waren v.a.: schwarzafrikaner = kokain-dealer und kurden = heroindealer. nispen ließ dann seinen "repressiven ansatz", wie er das nannte, von den bullen verwirklichen: allein in 4 tagen (26.-29.1.92) kam es in den vierteln ostertor/steintor zu 60 festnahmen und 300 personalienüberprüfungen. die verschiedenen flüchtlingsunterkünfte wurden von bullen überfallen, so z.b. das wohnschiff allerhafen. besonders hervorgetan













bei den permanenten überfällen, razzien und hetzjagden gegen flüchtlinge hat sich die im 3. bullenrevier in der hoyaer straße (peterswerder) stationierte "sondergruppe zur bekämpfung der rauschgift- u. straßenkriminalität". als insbesondere durch eine monitorsendung deren folterpraktiken brd-weit bekannt wurden, reagierte nispen sofort: mit einer solidaritätskampagne für die bullen.

"meine beamten sind motiviert, weil sie meine politische rückendeckung haben." (nispen, fdp)

nispen hat im frühjahr 92 die rassistische politik in bremen deshalb so eskaliert, weil er erreichen wollte, daß die flüchtlinge bremen "freiwillig" verlassen; er wollte nicht einmal auf das inkrafttreten des neuen asylverfahrensgesetzes am 1.7.92 warten, das eine beschleunigte abschiebung vorsieht, die über internierung der flüchtlinge in sammellagern gewährleistet werden soll. das alles ging der bremer fdp noch nicht weit genug; deshalb hat sich der landesparteiausschuß der fdp am 16.9.92 dafür ausgesprochen, daß der art.16 des grundgesetzes geändert werden soll. auch mit dieser initiative war nispen seiner zeit um fast ein ganzes jahr voraus (die änderung wurde im sommer 93 wirklichkeit). wenn es zwischen den brd-bundesländern einen wettbewerb "welches bundesland entwickelt die menschenunwürdigste unterbringung von flüchtlingen ?" gäbe: bremens ampelkoalition hätte anspruch auf den ersten preis. erinnert sei hier z.b. an das containerwohnschiff, das ende juli 93 in den gröpelinger kohlehafen geschleppt wurde: das schwimmende lager für 400 menschen (eine noch deutlichere aussonderung von flüchtlingen ist kaum möglich) war ein kompaktangebot aus der freien wirtschaft. selbst nach den maßstäben der rassisten in den justizkreisen überteibt es nispen mit seiner politik etwas: die haftbedingungen von flüchtlingen, die in der ostertorwache auf ihre abschiebung warten, hat das landgericht im august 94 als "verletzung der menschenwürde" bezeichnet.

"diese politik ist absolut alternativlos." (nispen, fdp, 27.3.92)

neben den flüchtlingen richten sich die von nispen veranlaßten bullenangriffe besonders gegen obdachlose, konsument/inn/en illegalisierter drogen und prostituierte. es gehört zu den zynismen des kapitalistischen systems, daß diejenigen am härtesten verfolgt werden, die am weitesten an den rand der gesellschaft gedrängt worden sind. die jagd auf konsument/inn/en illegalisieter drogen, die als "bekämpfung des drogenproblems" bezeichnet wird, ist ausdruck besonderer verlogenheit: ein ausdruck der kaputtheit der brd-gesellschaft ist der intensive gebrauch der legalen droge alkohol; zur ablenkung von dieser tatsache werden staatlicherseits einige drogen illegalisiert und die konsument/inn/en, insbesondere die frauen, die sich zur finanzierung des drogenkonsums prostituieren, gnadenlos verfolgt.

um seine innenpolitik durchführen zu können, braucht senator nispen(fdp) vor allem: bullen. er braucht motivierte bullen: deshalb hat er deren ausbildung verkürzt und die aufstiegschancen verbessert; er braucht besser ausgerüstete bullen: deshalb hat er jetzt veranlaßt, daß für 400000 dm neu eingekauft wird (eine "schlagschutzgarnitur" kostet z.b. 4600 dm); er braucht modernste bullenwachen: deshalb hat er z.b. das revier findorff jetzt für 1,5 millionen dm erneuern lassen (kugelsichere fenster, sicherheitsschleuse etc.). die bullenfunktionäre haben nispen als "glücksfall" bezeichnet. und dennoch gibt es situationen für die bremer bullen, in denen auch die fürsorge durch die fdp nichts hilft: nachdem in der nacht zum 6.8., parallel zu den chaostagen in hannover, im steintorviertel am ziegenmarkt jugendliche den comet-markt besucht und die fassade mehrerer geschäfte neu gestaltet hatten, konnte bullenpräsident lüken nur feststellen, daß der gesamtschaden wohl rund eine halbe million dm beträgt und bremen eigentlich 800 bullen zusätzlich gebrauchen könnte.

der zweite fdp-senator in der bremer landesregierung, wirtschaftssenator jäger, ist verantwortlich für eine politik der sozialen polarisierung, die in keinem der "alten" bundesländer so ausgeprägt ist wie hier: von den 680000 einwohner/inne/n des bundeslandes sind 62000 menschen auf sozialhilfeleistungen angewiesen. die offizielle arbeitslosenquote im august 94 beträgt 13,9% und ist damit höher als in allen anderen bundesländern der westlichen brd. von armut besonders betroffen sind ältere menschen, frauen, die ihre kinder allein versorgen, und menschen mit nicht-deutschem paß.

68% der unternehmensleitungen in bremen sind mit der situation "ihrer" betriebe zufrieden; fast alle planen die vernichtung von arbeitsplätzen, nur 1% denkt über zusätzliche arbeitsplätze nach. jäger (fdp) würde das wohl als "seinen erfolg" bezeichnen. zentral für die wirtschaft des bundeslandes bremen ist die einbindung in den welthandel. der handel mit den klassischen kolonialwaren verläuft, vom imperialistischen standpunkt aus betrachtet, sehr positiv: größter baumwollimporthafen der welt; 80% des bananen- u. 50% des kaffeeimports der brd werden über bremen abgewickelt usw.; somit ist es auch kein wunder, daß profiteure der weltweiten imperialistischen ausbeutungsverhältnisse wie eduscho, kraft jacobs suchard oder die bremer lagerhausgesellschaft als sponsoren der "einheitsfeier" auftreten. über die außenwirtschaftsförderungsgesellschaft bbi versucht die ampelkoalition den profitablen handel mit hightech-produkten anzukurbeln; das "world trade center" u. die ausstellung "hightech aus bremen" dort (26.9.-7.10.) sind ausdruck des entsprechenden größenwahns. auch die konzernleitung der bremer vulkan verbund ag hat am 3.10. eine menge zu feiern, gehört der konzern doch zu den großen einheitsgewinnern: der größte teil der ehemaligen ddr-werftindustrie ist von der treuhand an den konzern verkauft worden. bei der mtw-werft (wismar) haben die konzernmanager eine komplettsanierung durch eu-mittel vor; vorsorglich wurden von 1990 bis heute 62% der arbeiter/innen entlassen. im vergleich zum vorjahreszeitraum ist der konzernumsatz um 21% gestiegen: wesentlichen anteil daran haben die erstmals enthaltenen umsätze der volkswerft (stralsund) u. der neptun industrie (rostock). zu jahresbeginn beschäftigte der vulkan-verbund 27900 menschen; im 1. halbjahr wurden 9% der arbeitsplätze vernichtet, bis zum ende des jahres werden es 14% sein. durch die entscheidung des bundesverfassungsgerichts, daß einsätze der bundeswehr außerhalb des nato-gebietes zulässig sind, sieht die leitung des konzerns, der ganz wesentlich von rüstungsaufträgen lebt, "neue rüstungsansätze" u. bedankt sich bei bundes- u. landesregierung mit spenden für das "einheitsfest".

vor dem hintergrund, daß parteichef kinkel afrika zum "strategischen kontinent" für seine außenpolitik erklärt hat (u. mit der beteiligung dt. soldaten an der somalia-intervention hat demonstrieren lassen, was er darunter versteht), soll hier zum schluß manfred richter, der einzige fdp-bundestagsabgeordnete für das bundesland bremen, zu wort kommen. wir zitieren aus dem bundestagsprotokoll vom 11.3.93: "herr präsident! meine damen und herren! der maghreb liegt vor unserer haustür... das beispiel mauretaniens zeigt, daß der keim der demokratie auch auf sandigem boden sprießen kann. eine immer engere zusammenarbeit mit marokko u. tunesien, sicher auch eines tages mit algerien, wird die entwicklung in diesen wirtschaftlich vielversprechenden ländern vorantreiben. auch libyen sollte man keineswegs abschreiben." die jamahiriya stellt aufgrund ihres entschieden antiimperialistischen ansatzes, der in der praxis so weit wie eben möglich zu verwirklichen versucht wird, für die imperialistischen staaten, insbesondere für die usa, so etwas dar wie eine permanente provokation. gegen die ständigen angriffe auf das nordafrikanische land (z.b. bombardierung von tripolis/benghazi am 15.4.86, sanktionen seit dem 15.4.92) - solidarität mit der jamahiriya!

die herrschenden parteien (csu/cdu/fdp/grüne/spd) werden am 3.10. den nationalistischen brd-konsens feiern und am 16.10. mit der "wahl" ihre politik legitimieren lassen.

dagegen **zusammen** interveniere̲n - **für eine widerstandsperspektive als militante gegenmacht von unten!**

solidarität mit den antifaschistischen genoss/inn/en fatma, abidin,mehmet und seyho, denen jetzt in berlin-moabit der prozeß gemacht wird!

liebe und kraft dem kollektiv der 12 gefangenen aus der roten armee fraktion!

zusammen kämpfen!





Volxsport 3
Anschlag auf die CDU in Rhein/Sieg

Wir haben in der Nacht zum Sonntag, den 25. September 1994, die heiße Phase des Wahlkampfes eröffnet. Mit einem Brandsatz in Siegburg in der Kastanienstr.5 dem Büro des CDU-Kreis- und Bezirksverbands Rhein/Sieg kräftig eingeheizt. In diesem Gebäude haben u.a. auch der außenpolitische Sprecher der CDU, Karl Lamers, und Peter Hintze, CDU-Generalsekretär, ihren Sitz. Lamers forciert die Militarisierungs- und Großmachtpolitik seiner Partei kräftig mit. Hintze verkauft, ganz Kohl-Marionette, die Regierungspolitik an die Öffentlichkeit und fällt vor allem durch seine Hetze gegen Flüchtlinge und Linke immer wieder auf.
Mit unserer Aktion wollten wir in einen Wahlkampf eingreifen, der wie eh und je rassistisch ist: Deutsche wählen Deutsche; wer nicht die richtige Staatsangehörigkeit hat, soll froh sein, überhaupt hierbleiben zu dürfen.
Zur Wahl steht Politik mit oder ohne Bart. Wir dürfen die Regierung abwählen, nicht die bestehende Ordnung. Das kapitalistische System der BRD funktioniert so oder so, mit CDU oder SPD - oder notfalls beiden - an der Spitze. Und wenn nötig, schließen sich Regierungskoalition und Opposition zusammen, um das Asylrecht abzuschaffen, Sozialunterstützungen zu kürzen, Waffen an die Türkei für deren Vernichtungskrieg gegen die KurdInnen zu liefern oder mit der Bundeswehr in aller Welt Großmachtinteressen durchzusetzen.
Das ist Demokratie: Gewählt wird ein Parlament, das dort vermeintlich die "Interessen des Volkes" vertritt, wo es tatsächlich Instrument und Machtorgan der herrschenden Klasse ist.
So oder so wird der "Standort Deutschland" gewählt - durch einen nationalen Konsens, der uns glauben machen soll, es gäbe keine Interessengegensätze zwischen UnternehmerInnen und ArbeiterInnen, zwischen HausbesitzerInnen und MieterInnen, kurz: zwischen ProfiteurInnen und Ausgebeuteten.
Dabei ist es kein Geheimnis, daß an allen Ecken und Enden Sozialgelder gekürzt werden und Menschen auf der Straße landen. So gibt es zum Beispiel in Bonn derzeit 13.685 SozialhilfeempfänerInnen; fast die Hälte davon sind unter 35 Jahre alt. Die grassierende Wohnungsnot drückt sich dort in der Zahl von 3800 Menschen mit Berechtigungsschein für eine Sozialwohnung aus; 1894 Familien stehen auf der Dringlichkeitsliste (Zahlen entnommen aus: "General-Anzeiger" vom 11.9.1994)
Derartige Zustände dürfen nicht länger ertragen werden. Solange wir uns nicht für die Alternative der Selbstorganisierung entscheiden, bleiben wir Stimmvieh und Manövriermasse der Herrschenden. Wir müssen uns organisieren gegen ein System, das Flüchtige in den Tod schickt, das sich auf dem Rücken der Bevölkerung Afrikas, Asiens und Lateinamerikas grenzenlos bereichert und dem die soziale Lage der arbeitenden und arbeitslosen Menschen in diesem Staat egal ist, solange sich der Profit einiger weniger sichern läßt.
Mit der CDU haben wir die Fraktion angegriffen, die die reaktionäre Entwicklung hierzulande am stärksten vorantreibt.

Ergreifen wir Partei - wählen wir die revolutionäre Perspektive!

Barbara Kistler
(Sie war eine schweizer Internationalistin und wurde 1993 von der türkischen Armee in Kurdistan ermordet)

Zu: Beitrag zur autonomen Kongreß-Debatte (Interim 300)

Im Groben und Ganzen stimme ich mit den von dir getroffenen Aussagen und Erwartungen in Sachen Kongreß überein. (Soweit das Zuckerbrot und jetzt die Peitschel). Unangenehme Schauer sind mir erst bei deinen Ausführungen zu "Organisation" über den Rücken gelaufen. Du hältst *"...eine Organisation für notwendig, die über die Unverbindlichkeiten und Kampagnenpolitik von uns hinausgeht"*.

Auch auf die Gefahr bereits gesagtes zum X-ten Mal zu wiederholen: Individuelle Motivationsdefizite und fehlende Handlungsperspektiven können nicht durch eine aufgesetzte Struktur aus der Welt geschafft (wäre ja auch zu simpel), sondern im "besten Falle" repressiv verwaltet werden.
Fatal, wie mit der Erkenntnis von existierender Unverbindlichkeit in Teilen der radikalen Linken direkt und Pawlowschen Hunden gleich die vermeintlich stechende Karte "Organisation" möglichst noch mit dem Attribut "fest" oder "straff" gezogen und mit einem wahren Pokerface auf den Tisch geknallt wird. Als wäre das nun etwas neues und gleichzeitig die Antwort auf alle drängenden Fragen der Zeit.

Mir ist es schleierhaft, wie du zu deiner Auffassung kommst, *"...Delegierte mit abrufbarem Mandat..."* würden *"...keine Unterschwelligen Hierarchien..."* reproduzieren. Selbst die von dem einen vielgeliebte und von der anderen (oder umgekehrt) ins bodenlose verdammte "Antifa M", wohl der aktuelle Prototyp deiner Beschreibung, mußte mittlerweile feststellen, daß gerade die von ihr geschaffene Organisation selbst das viel beklagte Spannungsverhältnis "AktivistInnen, bzw. Kader und unverbindliche Basis" in verstärktem Maße reproduziert. Auch wo B-Null draufsteht sind also Hierarchien drin.

Ohne Frage gelingt es der Antifa M(ittwoch), eine gute Pressearbeit hinzubekommen. Die Durchsuchungen in Göttingen richteten sich aber nicht allein gegen diese, obwohl der Eindruck sich förmlich aufdrängt (siehe Flugblätter/ Presseartikel). Genauso wurden auch andere, von der M unabhängige Einrichtungen gerazzt.
Es ist falsch, Durchsuchungen als exakten Gradmesser politischer Relevanz zu begreifen. Manchmal gibt es viel simplere Erklärungen...

trotz alledem...
wir seh'n uns Ostern 95!

"Kaindl"-Prozeß

Erklärung zum 2.Verhandlungstag

- Antifaschistischer Kampf ist kein Duell zwischen Nazis und Antifas
- Verworrene Anklageerhebung im "Kaindl-Prozeß"

So skandalös die Anklageschrift im Berliner Antifa-Prozeß zustande kam, so verworren verlief ihre Verlesung am zweiten Prozeßtag. Aus dem Vortrag der Staatsanwältin war weder für die Angeklagten noch für die ZuschauerInnen ersichtlich, welche der Anklagepunkte Gegenstand des Verfahrens sein sollten und welche nicht.

Gefangene freuen sich über Post

Fatma Balamir, BuchNr.: 950/93/8, JVA Frauen, Friederich-Ollbricht-Damm 1713627 Berlin

Mehmet Ramme, BuchNr.: 5436/3, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Abidin Eraslan, BuchNr.: 5455/93, UHA Moabit, Adresse wie oben

Seyho Karaaslan, UHA Moabit, Adresse wie oben

Carlo Blietz, UHA Moabit, Adresse wie oben

Erkan Sönmez, Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, Oranienburgerstr. 285, 13437 Berlin

Hintergrund für das Possenspiel: Das Gericht hatte die Vorwürfe der "Heimtücke" und des "sechsfachen versuchten Mordes" gar nicht erst zugelassen, dennoch tauchten sie im Vortrag der Staatsanwaltschaft immer wieder auf. Wenigstens noch propagandistisch ausschlachten, was prozessual schon abbröckelt -etwa nach diesem Motto verschaffte sich Frau Nielsen einen peinlichen Auftritt.

Wie brüchig tatsächlich auch die verbliebenen Anklagepunkte sind, wurde gleich in der ersten der Prozeßerklärungen deutlich: Abidin bekannte sich offensiv zum aktiven Widerstand gegen Rassismus und Faschismus und zum Recht von ImmigrantInnen, sich zu verteidigen. Er mußte aber passen, als es um die konkrete Beteiligung an der Aktion im China-Restaurant ging: Er erfuhr von dem Ganzen erst am folgenden Tag.

Der zweite Prozeßtag im Hochsicherheitsgerichtssaal 500 in Moabit endete mit der Prozeßerklärung von Fatma, die deutlich machte, daß sie und die anderen in erster Linie als ImmigrantInnen und gleichzeitig als aktive AntifaschistInnen vor Gericht stehen. Auch sie verteidigte 'Antifa Genclik' als legitime Selbstorganisierung, als offene und legal agierende Initiative von ImmigrantInnen angesichts "zunehmender Gewalt von Rechts, der Rechtlosigkeit für Minderheiten, Ausgrenzung, Diskriminierung und Bedrohung".

Anders als befürchtet, wurde die Öffentlichkeit nicht vom Prozeß ausgeschlossen. Angesichts des internationalen interesses und der Tatsache, daß der zum "Tatzeitpunkt" 17-jährige Erkan den Ausschluß nicht wollte, zog das Gericht seinen entsprechenden Plan zurück. Abgewiesen wurden jedoch Anträge der Verteidiger zur Sicherheitsverfügung.

Prozeßbüro

Infos/Termine

Freitag, 30. 9. 22 Uhr: Informationsveranstaltung zum Prozeß, danach Party mit (vorauss.) Black Liberation Sound System im SO 36, Oranienstr. 189

Donnerstag, 13.10., 18 Uhr TU-Gebäude: Lesung mit Nanni Belestrini

Montag, 31.10., 18 Uhr voraussichtlich im Roten Salon der Volksbühne: Lesung mit Mauricio Rosencof aus seinem neuen Roman

Weitere Veranstaltungen sind im Oktober geplant. Wir werden berichten.

Prozeßtermine:

Jeweils Dienstags und Freitags, 9 Uhr, Landgericht, Moabit, Turmstraße 30.09. / 04.10. / 07.10. / 11.10. / 18.10. / 21.10. / 25.10. / 28.10. / 01.11. / 04.11. / 08.11. / 11.11. / 15.11. / 18.11. / 22.11. / 25.11. / 29.11. / 02.12. / 06.12.

Besucht und beobachtet den Prozeß!

Um zu verhindern, daß sich wegen der langen Prozeßdauer die BesucherInnen anfangs auf die Füße treten und zu späteren Prozeßterminen kaum noch jemand kommt, haben wir folgende Bitte:

Die BesucherInnen, die von außerhalb Berlins anreisen, sollten sich „städteweise" zusammentun und jeweils, abwechselnd, eine Woche oder einen Prozeßtag übernehmen. Die Koordination läuft (ab der zweiten Prozeßwoche) über das Prozeßbüro in der

Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, Tel/Fax: 694 93 54.

Das Büro ist immer Donnerstags von 15-18 Uhr besetzt, ansonsten Anrufbeantworter oder schriftlich.

Auch innerhalb Berlins ist eine solche Koordination sinnvoll. Sprecht also mit Euren FreundInnen und Bekannten ab, ob, wann und zu wievielt Ihr als Gruppe zum Prozeß gehen wollt. Koordiniert Euch über das öffentliche UnterstützerInnentreffen, Donnerstags, 19 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon.





Spontandemos in Hamburg

Soliaktionen für die Gefangenen im Kaindl-Prozeß und zum Mord an Halim Dener

Freiheit für alle politischen Gefangenen aus Antifa, Widerstand und RAF!

01.07.94: Spontandemo in Hamburg,wegen der Ermordung des kurdischen Jugendlichen Halim Dener.Er wurde am 30.06. in Hannover beim Plakatieren von einem SEK-Bullen erschossen. Während der Demo ,wurde plakatiert(die Plakate die auch Halim geklebt hatte) und gesprüht. Im Verlauf der Demo wurde eine Bank und ein Ziviauto (mit Inhalt) entglast.Außerdem kam es immer wieder zu Angriffen und Beschädigungen von Polizeiautos,die sich der Demo näherten.An der ganzen Aktion beteiligten sich ca.300 Menschen.

19.09.94: Spontandemo im Hamburger Schanzenviertel anläßlich dem Prozeßbeginn gegen die türkisch-kurdischen AntifaschistInnen am 20.September in Berlin.
Auf der Demo ,an der sich schätzungsweise 150-200 Menschen beteiligten,wurden Plakate verklebt und massiv gsprüht.(Plakate zu dem Hintergrund des Prozeßes und Parolen wie z.b.: Solidarität mit ANTIFASIST GENCLIK ,Kaindl war kein Opfer etc. ...)
Während dieser Demo wurden gezielt Banken,eine Videothek und eine Spielhalle angegriffen.Letzteres wurde entglast und beides begründet mit der schleichenden bis schon vorhandenen Umstrukturierung und Aufstandsbekämpfung.Ach,schon fast vergessen:Auch ein riesiger Automarkt wurde vollständig entglast(32 große Scheiben).Einige konnten sogar ins Innere gelangen und weiter smashen.HINTER DEM FASCHISMUS STEHT DAS KAPITAL....
Bis auf ein paar Scheiß Aktionen,über die man/frau noch mal reden sollte,war die Demo ein Erfolg und hat vor allem den Jugendantifas viel Mut und Kraft gegeben.
P.s.: Die Bullen hielten sich bis zum Schluß total im Hintergrund.Erst als die Demo vor der Roten Flora im Schanzenviertel sich auflösen wollte,rollten die Pigs an.Konnten aber durch entschlossenes Handeln vertrieben werden.
P.s. II: Die Schweinepresse hat mal wieder alles totgeschwiegen.

In diesem Sinne und noch vielmehr .... Viele Grüße an die Silvesterknaller und den Blitz und Donner aus Bremen... See you later...

VIELE LIEBE GRÜßE UND VIEL KRAFT WÜNSCHEN WIR MEHMET,ABIDIN,FATMA,SEYHO UND CARLO!

Einige autonome Gruppen aus Hamburg

FREIHEIT für die verfolgten ANTIFASY!
GEGEN NAZITERROR+BULLENWILLKÜR

Demo zur Bundestagswahl



AUFRUF ZUM REVOLUTIONÄREN BLOCK

Auch diese Wahlen ändern nichts - Organisiert euch selbst!

Am 8.10.1994 findet in Berlin im Vorfeld der Bundestagswahlen eine Demonstration statt. Sie richtet sich sowohl gegen den Einzug von faschistischen Parteien in den Bundestag als auch gegen die herrschende rassistische, nationalistische und faschistische Politik aller bürgerlichen Parteien: seit Mitte der 80er Jahre und besonders seit der Wiedervereinigung gibt es in der BRD einen Rechtsruck durch alle Parteien und eine Tendenz zur Faschisierung. Diese zeigt sich nicht nur in der starken Zunahme neofaschistischer Aktivitäten und Anschläge, sondern auch in der Politik der etablierten Parteien. Die faktische Abschaffung des Asylrechts, das "Asylbewerberleistungsgesetz", die Einrichtung von Sammellagern sind Beispiele für eine Politik, mit der rassistische Anschläge legitimiert werden. Die bürgerlichen Parteien machen FaschistInnen wieder salonfähig, indem sie entsprechende Inhalte selbst übernehmen und in die Praxis umsetzen. So kann mit ihrer Unterstützung und dem Wohlwollen deutscher Richter wieder ungestraft Geschichtsrevisionismus betrieben und z.B. die Auschwitzlüge verbreitet werden.

Die Faschisierung der BRD, der Rechtsruck durch alle Parteien geht einher mit der Faschisierung nach außen. Mit Militär und Paramilitär unter Einsatz von Schießbefehl soll "ungewünschte Einwanderung" verhindert werden. Die Bundeswehr soll als sogenannte Krisenreaktionsstreitkraft weltweit flexibel für das wiedererstarkte Großdeutschland einsetzbar sein und somit die schon existierende ökonomische und politische Ausbeutung und Unterdrückung militärisch durchsetzen. Diese imperialistische Politik zum Erhalt und Ausbau des Wohlstandes der weißen deutschen Saubermänner, die von allen Parteien von CDU bis Bündnis 90 mitgetragen wird, ist nur mit rassistischer und nationalistischer Propaganda und Politik nach innen durchzusetzen.

Obwohl die drastischen Konsequenzen dieser Politik schon längst sichtbar sind: verschärfte Sozialgesetzgebung, Aufrüstung zur inneren Sicherheit, Massenarbeitslosigkeit, patriarchales roll-back, erscheinen pseudodemokratische Wahlverfahren immer noch als die Lösungsalternative. Aber von Demokratie kann keine Rede sein, wo Teile der Bevölkerung von vorneherein an der Ausübung "demokratischer (Wahl)rechte" gehindert werden (Frauen und Männer ohne deutschen Paß, Obdachlose, Jugendliche), und Wahlen nur dazu dienen, die Scheindemokratie dieses imperialistischen Systems BRD mit seiner patriarchalen, rassistischen und faschistischen Unterdrückung und Ausbeutung zu stabilisieren. Alle im Parlament vertretenen Parteien tragen dieses System mit. Mit ihrer Politik kann es keine Kompromisse geben.

WEHRT EUCH, LEISTET WIDERSTAND!

ORGANISIEREN WIR UNS IN BETRIEBEN, STADTTEILEN, SCHULEN...!

ANTIFASCHISTISCHER KAMPF HEIßT KAMPF GEGEN DAS IMPERIALISTISCHE, PATRIARCHALE UND RASSISTISCHE SYSTEM!

FÜR EINEN STARKEN, GESCHLOSSENEN, ANTIIMPERIALISTISCHEN, ANTIFASCHISTISCHEN REVOLUTIONÄREN BLOCK AM 8.OKTOBER!!

Bringt Transparente und Fahnen mit.



DEMO **Samstag 8. Oktober 1994**

14.oo Uhr Hermannplatz

Diesen Aufruf unterstützen:
Antiimperialistisches Frauen/Lesben Wahlboykottbündnis, ANTIFA-Jugendfront, ANTIFA-Hellersdorf-Marzahn, F.E.L.S., HUmmel-ANTIFA



Prozeß gegen Birgit Hogefeld

Infos zum Prozeßbeginn im November 1994



Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt
Und läßt andere kämpfen für seine Sache
Der muß sich vorsehen; denn
Wer den Kampf nicht geteilt hat
Der wird teilen die Niederlage.
Nicht einmal den Kampf vermeidet
Wer den Kampf vermeiden will; denn
Es wird kämpfen für die Sache des Feinds
Wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.
(Bert Brecht)



Zur Erinnerung:
Am 27.6.1993 wurde Birgit Hogefeld von der GSG9 in Bad Kleinen festgenommen, Wolfgang Grams bei der gleichen Aktion erschossen. (es gibt welche die reden von Selbstmord????) Dies war der erste Zugriff auf RAF-Mitglieder seit der Verhaftung von Eva Haule am 2.8.1986.

Mitte November nun beginnt der Prozeß gegen Birgit in Frankfurt vor dem gleichen Senat, der wiederum Eva Haule im Mai d.J. zu lebenslanger Haft verurteilte. Der also nicht einer der zimperlichsten sein dürfte, ganz im Sinne der Kontinuität BRdeutscher Staatsschutzsenate gegen Menschen aus der RAF und aller die eine solidarische Beziehung zu ihr haben. Daß diese Kontinuität weiter Bestand hat beweisen die letzten Prozesse gegen Gefangene aus der RAF auf grund der Kronzeugenregelung.

Was soll mensch anderes dazu sagen als: staatliches Vernichtungsverhältnis. Es ist schon so oft gesagt worden und trifft leider immer noch den Kern des Staatsinteresses. Unsere gefangenen Genossinnen und Genossen aus der Guerilla sollen, sofern sie nicht abschwören, im Knast sterben, so oder so. Auf jeden Fall wird versucht sie auf Dauer hinter Gittern zu verbannen. In diesen Koordinaten hatte die sogenannte "Kinkel-Initiative" vom Januar 1992 sowieso nur die Funktion zu spalten, entgegen anderen Hoffnungen, die aufkamen und die wir gern gehabt hätten. Es wurden zwar auch einige Gefangene entlassen, aber der Rest soll offenbar für immer und ewig im Knast schmoren.

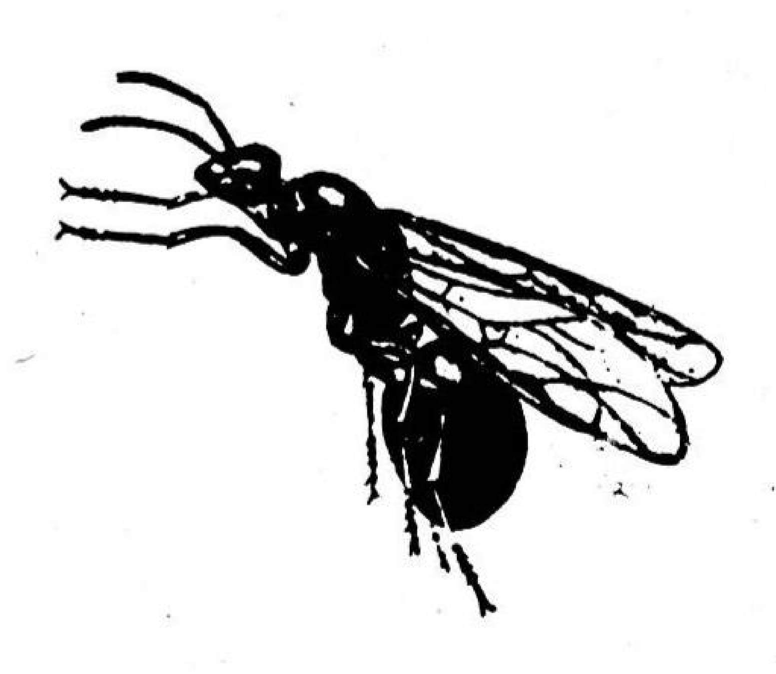


Schlimm ist natürlich die Folterlogik dieses Staates (auch exemplarisch an der Weigerung des Staates verdeutlicht Irmgard Möller nach nunmehr 22 Jahren Haft rauszulassen).

Schlimmer ist fast, daß diese Folterlogik angewandt gegen unsere GenossInnen, aber zunehmend auch gegen andere gefangene Frauen und Männer, kaum mehr als ein Achselzucken produziert. Es scheint sich damit abgefunden worden zu sein, sozusagen als BRdeutscher Normalzustand, der in der Regel aber immer noch ein imperialistischer, sexistischer und rassistischer ist, den zu bekämpfen viele von uns aufgestanden sind, den zu bekämpfen auch die gefangenen GenossInnen aus der RAF sich organisiert haben. Sie sind Teil dieses Kampfes trotz aller Differenzen und Streitereien. **Sie gehören raus!**, weil wir auch sie im Kampf hier draußen brauchen: ihre Erfahrung, ihre Kenntnisse, ihre Geschichte, ihre Ideen. Und sie gehören raus, weil die jahrzehnte lange Tortur krank macht, abtötet, die letzten Kräfte raubt, die physische Konstitution auf Dauer unweigerlich zu Boden ringt.

Und nun ein neuer Prozeß in dieser elendigen Kette: gegen Birgit Hogefeld.

Prozess gegen Birgit Hogefeld



Konkret angeklagt wird sie viererlei:

1. Anschlag auf die US-Airbase in Frankfurt 1985
2. Anschlag auf Tietmeyer 1988, dem damaligen Staatssekretär im Finanzministerium
3. dem großen Knall von Weiterstadt im März 1993

und

4. die Erschießung des GSG9-Mannes Newzella bei der Festnahmeaktion in Bad Kleinen am 27.6.1993 sowie der versuchten Ermordung weiterer GSG9-Beamter

Zur Erläuterung der einzelnen Anklagepunkte sei noch einmal näher auf sie eingegangen:

1. US-Airbase August 1985

Am 8.8.1985 explodiert auf dem Gelände des US-amerikanischen Teils des Frankfurter Flughafens eine Bombe bei der zwei Menschen getötet und zwanzig verletzt werden. Einen Tag später wird die Leiche des US-Soldaten Edvard Pimenthal gefunden. Die RAF übernimmt die Verantwortung für den Bombenanschlag wie auch für die Ermordung des GI's. Die Erschießung von Pimenthal wird damit begründet, daß die RAF seine Identity-Card brauchte um auf das Gelände des Flughafens zu gelangen, wo sie "eine Schaltstelle der US-Militärmaschinerie -Zentrum der imperialistischen Kriegsführung - aus der Funktion" bringen wollte. Die RAF betrachtete sich seinerzeit als Teil des internationalen Klassenkrieges, in der "militärische Basen, Einrichtungen, Kommandostellen der US-Streitkräfte, der NATO Kriegsgebiete" sind. Pimenthal habe sich in diesem

Krieg für eine Seite entschieden: "Für uns sind die US-Soldaten in der BRD nicht Täter und Opfer zugleich, wir haben nicht diesen verklärten sozialarbeiterischen Blick auf sie." (25.8.1985) Die Aktion stieß in ihrer Unvermittelbarkeit auf sehr viel Kritik und Unverständnis innerhalb der radikalen Linken und dürfte mit Sicherheit ein Grund dafür sein, daß sich viele von der RAF und dem Versuch des Aufbaus einer antiimperialistischen Front abwandten. Schon im Januar 1986 gestand die RAF ein:"Die Erschießung war ein Fehler."

Im Nachhinein ist die Bewertung dieser Aktion von Seiten der RAF, manifestiert in der sogenannten "August-Erklärung" von 1992, so:

> "Beides (Anmerk. AirbaseAktion und Erschießung von Pimenthal) war nicht von hier aus entwickelt, hatte seine Begründung nicht in den Verhältnissen hier und wie sie von den Menschen begriffen werden, sondern sie hatten ihre Begründung im Krieg, den der Imperialismus/ die US-Armee in anderen Teilen der Welt gegen Völker führt. Für die Entwicklung des revolutionären Kampfes hier und seine Verankerung in der Gesellschaft war beides ein großer Fehler."

2. Anschlag auf Tietmeyer 1988

Am 20.9.1988 versucht die RAF Tietmeyer zu erschießen, was jedoch an einer "verklemmten" Maschinpistole scheiterte.

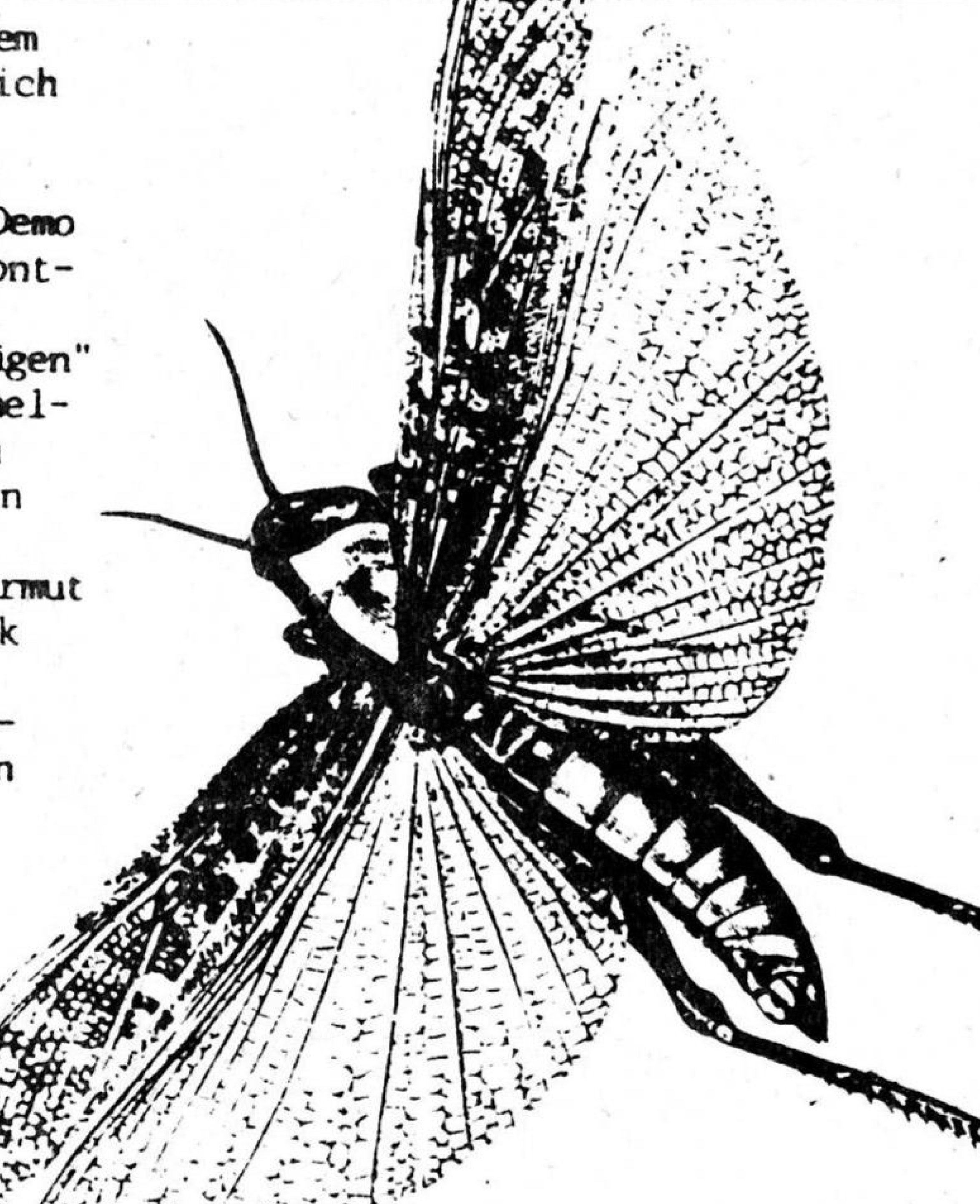
> "Tietmeyer ist Stratege und einer der Hauptakteure im internationalem Krisenmanagement, der auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene die ökonomische Krise des imperialistischen Systems beherrschbar machen und den Zusammenbruch des Wirtschafts- und Finanzsystems verhindern will.
> Er hat zentrale Funktionen in der Formulierung, Koordinierung und Durchsetzung imperialistischer Wirtschaftspolitik - es gab in den letzten Jahren keine wichtigen wirtschafts- oder währungspolitischen Entscheidungen, an denen er nicht maßgeblich beteiligt war."
> (Kommandoerklärung 20.9.1988)

Mittlerweile ist Tietmeyer die Karriereleiter noch etwas höher hinaufgeklettert und Vorsitzender der Bundesbank geworden, also oberster Währungshüter und Regierungsberater.

Die Aktion damals fand wenige Tage vor dem Kongress vom Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank in West-Berlin statt. Dagegen hatte sich eine relativ breit getragenen Kampagne entwickelt, in der die Politik von IWF und Weltbank scharf verurteilt worden ist, was in der Parole: "IWF-MÖRDERTREFF" zum Ausdruck kam. Es gab beispielsweise eine große Demo mit 80 000 Menschen auf der eine Schuldenstreicung zugunsten der Trikont-Staaten gefordert wurde; zudem ein Gegen-Kongress mit internationaler Beteiligung; die ganze Woche über kamen die "Kriminellen in ihren Anzügen" nicht zur Ruhe, weil sich z.B. viele Menschen vor ihren Hotels versammelten um sie nicht ruhig schlafen zu lassen oder es wurde versucht deren Autos anzugreifen. Am Ende der Woche gab es noch eine Demo mit mehreren tausend Menschen aus dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum.

IWF und Weltbank definiert "Entwicklung als Reduzierung der Armut und die Verbesserung des Lebens der Menschen." Die tatsächliche Politik der beiden Organisationen bewirkt jedoch genau das entgegengesetzte: Kredite von IWF und Weltbank sind auflagengebunden, gebunden an die berühmt-berüchtigten Anpassungsmaßnahmen, die in der Regel folgendermaßen aussehen:

-Senkung der Löhne
-Reduzierung der Sozialausgaben
-Streichung der Zuschüsse für Grundnahrungsmittel
-Abwertung der Landeswährung
-Schaffung von Infrastruktur für multinationale Konzerne
-Exportförderung



Die Ergebnisse einer derartigen Politik liegen auf der Hand:
-Verschlechterung der Kaufkraft armer Menschen
-Entstehung breiter Massenarbeitslosigkeit
-Landflucht
-Mangelernährung
-Kaum bis keine gesundheitliche Versorgung; Ausbreitung von Epedemien bspw. Cholera

Nicht ganz zufälligerweise werden IWF und Weltbank von den industrialisierten Ländern in ihren Entscheidungen dominiert. So hat z.B. die USA bei allen Abstimmungen ein Vetorecht; d.h. ohne Zustimmung der USA läuft nichts! Und daß die USA (wie auch BRD, Japan, Frankreich...) kaum ein Interesse an einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung haben dürften, ist evident.



3. Sprengung des Knastes Weiterstadt

Ende März 1993 wird der Musterknast in Weiterstadt, der nahezu bezugsfertig war, von der RAF gesprengt, also knapp ein Jahr nach deren Erklärung Angriffe auf führende Repräsentanten des Staates einzustellen. Immerhin wurden mit dieser Aktion 100Mio.DM in den Sand gesetzt; der Knast konnte nicht in Betrieb genommen werden und soziallíberale bis grüne Sicherheitsstrategen sahen sich in ihrer Reformfreudigkeit gebremst. Die Aktion sei ein schwerer Rückschlag für einen an "aufgeklärten und humanitären Maßstäben orientierten Untersuchungshaft- und Strafvollzug", verlautete der Vorsitzende der grünen Landtagsfraktion in Hessen, Ruppert von Plottnitz.

Die RAF ihrerseits ging in ihrer Erklärung zur Aktion nochmals auf die Kritik ein, die sich an ihrer"10.4.-Erklärung" von 1992 festgemacht hatte; wollte die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen unterstützen, bezog sich aber auch auf Flüchtlinge, die in Abschiebehaft sitzen um von der Regierung wieder in das Elend zurückgeschickt zu werden aus dem sie kamen. (wo nebenbeibemerkt der Zynismus der Herrschenden an diesem Punkt kaum mehr zu übertreffen ist: Nicht nur, daß sie mitverantwortlich sind für die ökonomische Auspressung vieler Trikont-Staaten und somit die Fluchtgründe für viele Menschen erst produzieren, sie besitzen darüberhinaus noch die Dreistigkeit, die Flüchtlinge wieder nach dorthin zu verschuben um sich dann noch dessen zu rühmen und die Wirkung der Änderung des Art. 16 GG zu preisen)



Und Weiterstadt: auch herrschende Neusprechregelung!
Es wird der liberale Strafvollzug gelobt, die Gefangenen sollen es wirklich gut haben:

> "Ärzte, Pfarrer, Pädagogen, Psychologen und Sozialarbeiter, insgesamt 313 Mann(!) Personal, sollen hier von Oktober an 650 Häftlingen soviel Freiheiten wie möglich geben. In den sechs Wohngebäuden gab es ein Krankenhaus mit 120 Betten und eine musterhafte sozialpsychatrische Abteilung. Die meisten Gefangenen sollten Zellenschlüssel erhalten, nach Arbeitsschluß um 15.ooh miteinander spielen, kochen und Sport treiben können. Erzieher sollen die auf Besuch befindlichen Kinder der Insassen betreuen."
> (Hamburger Abendblatt 29.3.1993)

Wie schon! Nachtigall ick hör Dir trappsen!
Als ob wir nicht in dem Land leben würden, welches die Isolationshaft angewandt, perfektioniert und exportiert hat (Türkei, Spanien...).
Als ob dies nicht das Land wäre, in dem die Weiße Folter (nun auch an Birgit Hogefeld exekutiert) seit mehr als zwanzig Jahren praktiziert wird, seitdem es die ersten Verhaftungen von GenossInnen aus der RAF gab.
Als ob es nicht das Land ist, welches für Stammheim und Köln-Ossendorf steht!
In Weiterstadt sollte es den sogenannten Wohngruppenvollzug geben, ein Musterbeispiel sozialliberaler Knastreformen. Weiterstadt sollte der zweite Knast dieser Art sein; der erste steht in Berlin-Plötzensee. Dort gab es 1989 einen Hungerstreik für die Abschaffung eben dieses Wohngruppenvollzuges. Eine Beteiligte des Hungerstreiks charakterisiert die 'humanen' Haftbedingungen folgendermaßen:

> "Die Situation ist gekennzeichnet durch ein Ausmaß an Kontrolle und Repression, wie es in seiner Totalität kaum vorstellbar ist. Die Plötze ist sowohl architektonisch wie auch personell so konzipiert, daß ein Kontakt zwischen den Frauen nicht zustande kommt oder aber bis ins letzte Detail registriert wird. Die Frauen werden in voneinander abgeschirmte Zwangsgemeinschaften gepfercht, in denen sie danach ausgesucht werden, wie gut sie sich anpassen und wie sie sich am besten gegenseitig fertigmachen. Die schallisolierten Zellen haben eine Gegensprechanlage, durch die die Frauen jederzeit akustisch überwacht werden können. Die Stationsgänge sind mit Kameras bestückt und der Gruppenraum, wo sich die Gefangenen in der Freizeit treffen, ist verglast, kurz die perfekte Überwachung jeder Lebensäußerung."



4. Bad Kleinen 1993

Zu schlechterletzt wird Birgit Hogefeld des Mordes an den GSG9-Beamten Newzella bei der Festnahmeaktion am 27.6.1993 in Bad Kleinen angeklagt. Sei dies noch einmal in Erinnerung gerufen: Durch die Spitzeltätigkeit von Klaus Steinmetz gelingt es dem BKA an die RAF heranzukommen und es soll ein Zugriff stattfinden: der langersehnte Fahndungserfolg.
Birgit Hogefeld beschreibt die Festnahmesituation wie folgt

> "Als wir (Anmerk.: Birgit, Klaus Steinmetz, Wolfgang Grams) kurz nach 15.oo Uhr aus der Kneipe raus und durch die Unterführung Richtung Ausgang gegangen sind, springt mich nach wenigen Schritten ein Typ an. Ich schaue in den Lauf seiner Pistole und liege auf der Erde. Ich wurde dann von 2-3 Typen mit Waffen in Schach gehalten, und mir war klar, daß ich keine falsche Bewegung machen darf, wenn ich am Leben bleiben will. Gleichzeitig ist um mich rum totales Gerenne, und daß Wolfgang noch wegrennen konnte - das ist mir erst klar geworden, als ich die Schießerei, die oben auf dem Bahnsteig stattgefunden haben muß, gehört habe. Wolfgang ist also noch mindestens 20 Meter in der Unterführung und die ganze Treppe hochgerannt. Ich habe viele Schüsse gehört. Kurz darauf kam einer vom Greiftrupp eine Treppe runtergerannt und hat gerufen:'Er liegt da in seinem Blut auf dem Gleis.' Wie er das sagte, war mir klar, daß er Wolfgang meinte."
> (Birgit Hogefeld, Angehörigen Info 123, 15.7.1993)



Soweit und so kurz die Festnahme von Birgit. Sie war an keinem Schußwechsel beteiligt, kann demzufolge auch nicht für den Mord am GSG9-Beamten angeklagt werden, möchte mensch meinen.
Doch die Bundesanwaltschaft (BAW) denkt dort etwas anders: sie sagt, daß 'Hogefeld und Grams sich einig waren eine drohende Festnahme nicht widerstandslos geschehen zu lassen, sondern sich den Fluchtweg freizuschießen.'
Eine gedankliche Konstruktion, die sich so wirklich nur der Staatsschutz ausdenken kann. Für den Prozeß ist es allerdings unerheblich, ob es Absprachen gab oder nicht, vielmehr ist es grundsätzlich legitim, sich einer Verhaftung entziehen zu wollen. Sollte der Staatsschutz damit durchkommen würde das natürlich Konsequenzen für andere mögliche Verfahren haben, nach dem Motto: die und die haben die und die Absprachen, also Verurteilung.

Damit treibt die BAW ihre Verdrehungen und Vertuschungen von den Ereignissen in Bad Kleinen auf ihre machtvolle Spitze. Statt dieser absurden Anklage gegen Birgit sind die Todesumstände von Wolfgang Grams noch immer nicht zur Klärung gelangt und die staatlichen Behörden versuchen ihrerseits alles zu tun, einer wie immer gearteten Wahrheit entgegen zu wirken. So wird die Einschätzung dessen, was in Bad Kleinen passierte fast zu einer Art Glaubensfrage. Entgegen des Ergebnisses des Abschlußberichtes der Bundesregierung vom 3.3.94, in dem von einem Selbstmord Wolfgang Grams ausgegangen wird, bleibt zu fragen, warum die staatlichen Behörden es in dem Falle nötig haben, dermaßen in ihren 'Ermittlungen' zu vertuschen, zu schlampen, ZeugInnen der Lächerlichkeit preiszugeben, Gefälligkeitsgutachten anzufordern?

Es seien an dieser Stelle nur einige der vielen Merkwürdigkeiten genannt:

-nicht alle am Tatort anwesenden Waffen wurden untersucht
-die Spurensicherung durch das BKA war dermaßen schlampig, daß nicht mehr von Zufall gesprochen werden kann

-Waffen wurden weggeschafft noch bevor Gewebeproben von der Mundung entnommen werden konnten
-die Anwesenheit des V-Mannes wurde zunachst verheimlicht
-die Jacke von Wolfgang Grams 'verschwand' wundersamerweise in Zurich
etc. pp.

Zumal:"Die einzige namentlich bekannte Tatzeugin, die Kioskverkäuferin, hat allerdings gesehen, daß zwei Männer neben Wolfgang Grams im Gleisbett standen und wie einer von ihnen, ein Mann mit weinroter Oberbekleidung auf den Oberkörper geschossen hat. Zu diesen Aussagen steht die Zeugin bis heute."
(Pressemitteilung der Grams-Anwalte Andreas Groß/Thomas Kieritzky 10.6.1994 FR)

Die Aussage dieser Zeugin ist für die Bundesregierung allerdings ohne 'Beweiswert', da sich die Kioskverkäuferin angeblich in einem 'schockähnlichem Zustand' befunden haben soll.

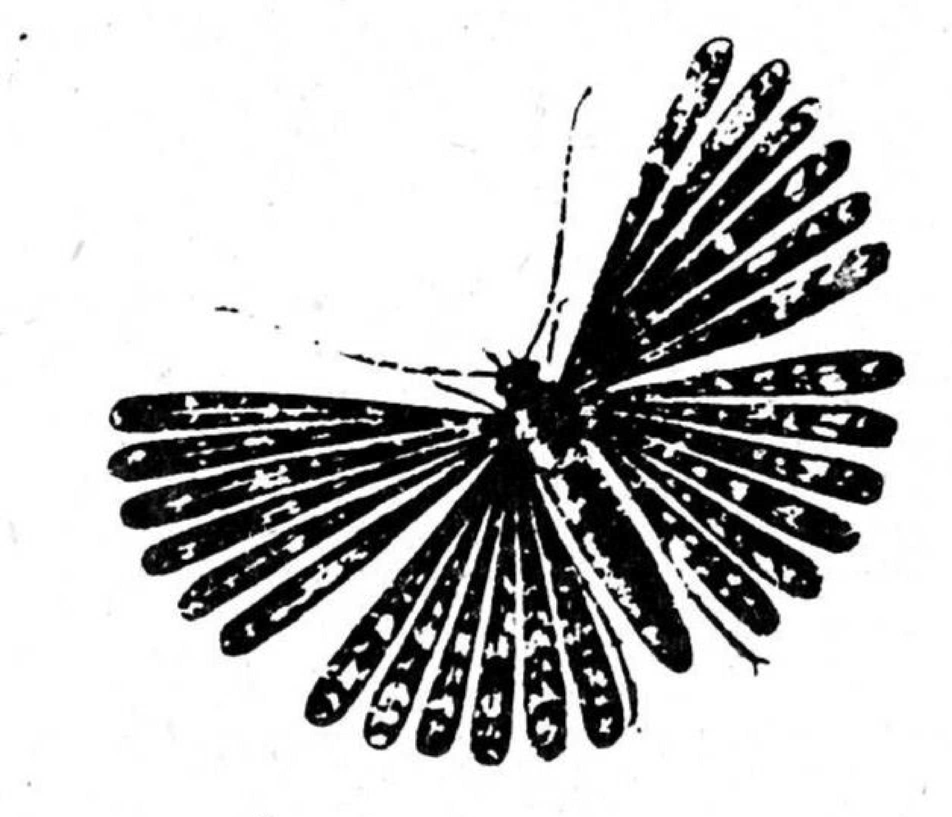
Die Anwalte der Eltern von Wolfgang Grams haben ein Gutachten über die Todesursachen von Wolfgang beim Düsseldorfer Rechtsmediziner Wolfgang Bonte in Auftrag gegeben. Er kommt zum Ergebnis,"daß weder Selbsttäterschaft bewiesen noch Fremdtäterschaft auszuschließen" sind.(ak 368/FR 10.6.1994)

Für die Grams -Anwalte stellt sich der Verlauf der Ereignisse wie folgt dar:

"1. Das gesamte Geschehen spielte sich in wenigen Sekunden ab
2. Noch bevor Wolfgang Grams auf das Gleis 4 stürzte, befanden sich die verfolgenden Beamten auf dem Bahnsteig
3. Zwei der Beamten sprangen unmittelbar zu Wolfgang Grams ins Gleis
4. Hier wurde Wolfgang Grams die Waffe entwunden und der tödliche Schuß gestzt

Das Ganze spielte sich vor den Augen der in unmittelbarer Nähe befindlichen übrigen Mitglieder des Zugriffskommandos ab

6. Wolfgang Grams hat keinen Selbstmord begangen
7. Es besteht somit hinreichender Tatverdacht gegen die GSG9 Beamten wegen eines vorsätzlichen Tötungsdeliktes. Die Staatsanwaltschaft ist zur Anklageerhebung verpflichtet."
(Frankfurter Rundschau, 10.6.1994)



Der Verfassungsschutzspitzel Steinmetz

Einer an der Verhaftung Beteiligter war der Verfassungsschutzspitzel Klaus Steinmetz aus Wiesbaden. Es dauerte immerhin mehrere Wochen bis die Unsicherheiten bezüglich des 'dritten Mannes' von Bad Kleinen aufgeklärt werden konnten. Bezeichnenderweise mußte dies Birgit Hogefeld aus ihrer Isohaftsituation heraus tun:

"Klaus Steinmetz ist ein Polizeispitzel, er hat die Geheimdienste auf unsere Spur gebracht und damit den Einsatz der Killertruppe in Bad Kleinen möglich gemacht. Ohne seine Spitzeldienste würde Wolfgang heute noch leben und wir wären beide in Freiheit."
(taz, 22.7.1993)



Den GenossInnen aus Wiesbaden gelingt es in den Wochen zuvor nicht, in dieser zugegebenermaßen schwierigen Situation, den Indizien, die für eine Spitzeltätigkeit von Steinmetz sprechen, ins Auge zu sehen. So erscheint noch am 16.7.93 ein offener Brief an Steinmetz in der taz, in der die Hoffnung ausgedrückt wird, daß vielleicht doch andere Umstände für sein merkwürdiges Verhalten nach Bad Kleinen Ursache sein könnten, als gerade eine Spitzeltätigkeit. Im Nachhinein sagen die WiesbadenerInnen selbst, daß sie in dieser Situation völlig den Kopf verloren hätten:

"Wir waren nicht mehr in der Lage, unsere Gefühle, die Halbwahrheiten, die teilweisen schlüssigen Tatsachen und falschen Informationen auseinanderzuhalten, um zu einer klaren politischen Entscheidung zu gelangen."
(Stellungnahme aus Wiesbaden)

Dies eben auch ein Teil der verheerenden Katastrophe Klaus Steinmetz, der es immerhin geschafft hat mit dem Verfassungsschutz im Hintergrund sich seit 1985 trotz einiger Ungereimtheiten, Widersprüche und 'komischer Gefühle' in linksradikalen Zusammenhängen zu bewegen.. Er hat immerhin dies geschafft und konnte bis an die RAF herankommen um dem Staatsschutz ihren großen Fahndungserfolg zu liefern. Für ihn wie für den Verfassungsschutz ein großer Erfolg, fürwahr.

Mit der Aufdeckung des Spitzels ist die Sache jedoch noch lange nicht erledigt. Was wäre er für einer, wenn er nicht kräftig Aussagen machen würde bzw. dazu gedrängt wird. Was wäre das für ein Verfassungsschutz, wenn der

sich diese Chance entgehen ließe. Das Kriminalisierungskarussell durch die Aussagen von Klaus Steinmetz hat bereits begonnen:

"Am 14.7. haben ZeugInnenvorladungen im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren (aufgrund Steinmetzaussagen) gegen eine Angehörige stattgefunden.
Wir (3 Leute aus Ffm) haben dort die Aussage verweigert. Die Masche von dem verhörenden Bundesanwalt Bell war:' Wenn Sie kooperieren, können Sie Frau... helfen.'
Als er nicht bekam, was er wollte, ging er über in Drohungen: 'Sie wissen, die Maschine läuft, das Ganze werde er vor den BGH (Bundesgerichtshof) bringen und dann drohe Beugehaft.'
Am Dienstag, den 20.7. wurde deutlich, was die Bundesanwaltschaft zu diesem Zeitpunkt schon geplant hatte, im Falle, daß sie von einem keine Aussagen bekommt.
Bei ihm wurde eine Hausdurchsuchung gemacht, mit der Begründung, daß gegen ihn ein Verfahren wegen 'Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und geheimdienstlicher Agententätigkeit' läuft.
Der Erpressungsversuch: Entweder es werden Aussagen gemacht, oder es wird härter gegen ihn vorgegangen.
Den gleichen Zweck hatte wahrscheinlich der sich wiederholende 'Versprecher' von Bundesanwalt Bell, als er anstatt vom Verfahren gegen Frau... von dem gegen Gisela Dutzi (einer von uns) sprach.
Nach Festsetzung eines Ordnungsgeldes (14 Tage später) kam kürzlich eine weitere Ladung nach Karlsruhe vor den BGH. Diese war auf den 30.8. und den 1.9. terminiert.
Als am 1.9. klar wurde, daß wir alle drei nicht erscheinen (Krankmeldungen) drohte Bundesrichter Beyer einem von uns am Telefon mit 'Maßnahmen'. Einige Stunden später tauchten 10 Polizisten an der Wohnung von ihm auf.

Wir denken, daß die Verfahren gegen Stefan Frey und die Angehörige, bzw. die ZeugInnenladungen erst den Anfang bilden von dem, was der Staatsschutz auf der juristisch-kriminalistischen Ebene mit dem VS-Agenten Steinmetz vorhat."
(Gisela Dutzi, Axel Wädele, Anne B. Rauch 2.9.1994)

Mittlerweile sitzen zwei von den dreien in Beugehaft (taz, FR 10.9.1994)

Die politische Katastrophe Klaus Steinmetz ist somit noch lange nicht zum Abschluß gekommen.
Mensch sollte sich jedoch davor hüten mit bequemen Fingerzeig auf die WiesbadenerInnen und die RAF zu zeigen, daß sich so eine Figur solange in den Strukturen bewegen konnte. Sicherlich tragen viele eine konkrete Verantwortung für das, was passiert ist, der kann sich keiner und keine entziehen, der/die mit Steinmetz zu tun hatte.Allerdings sollte nicht davon ausgegangen werden, daß jahrelange Spitzeltätigkeit nicht auch in anderen Städten und Zusammenhängen hätte geschehen können. Das Dilemma sind nicht unbedingt die einzelnen Verfehlungen, die so etwas gebieren, sondern eine politische Struktur und Beziehungslosigkeit untereinander und zur eigenen Politik. Die GenossInnen von 'Kein Friede' aus Frankfurt kommen in ihrer Broschüre 'Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken' bezüglich Klaus Steinmetz und seinem jahrelangem Wirken zur Schlußfolgerung:

"Es ist möglich über Jahre dabei zu sein, ohne selbständig um den Prozeß kämpfen zu müssen. Alle, die ihn kennen sagen das: Er war verbindlich, erkümmerte sich um Sachen, war praktisch veranlagt. Wo andere nur quatschen war er da und machte die Dinge, die notwendig waren. Aber viele sagen auch: politische Beiträge gab's von ihm kaum. Überhaupt hat er nicht viel geredet. Natürlich viel zu reden ist nun wirklich kein revolutionäres Markenzeichen, aber wenn einer immer wieder durchkommt, ohne daß er selbständig den Prozeß mitentwickelt, also mitmacht, dann sind wir genau beim Kern dessen, worüber wir reden müssen. Und es ist dann weniger seine Schizophrenie, worüber einige grübeln und meinen ihn im Nachhinein therapieren zu müssen (...), sondern die Struktur in der er sich bewegen konnte und die ihn zur RAF getragen hat. Eine Struktur, deren kollektive politische Mechanismen nicht mehr zur Wirkung gekommen sind, weil sie aufgegeben wurden."
(S. 11)



Zur Haftsituation von Birgit Hogefeld

Nach ihrer Verhaftung kam Birgit zunächst nach Frankfurt/Preungesheim, von wo sie nach kurzer Zeit nach Bielefeld/Brackwede verlegt wurde. Dort saß sie bis vor kurzem. Nun wieder Frankfurt, weil dort auch ihr Prozeß stattfinden soll.
Ihre Haftbedingungen sind, wie sollte es anders sein, äußerst restriktiv. Es hat sich nichts am Isolationshaftprogramm für politische Gefangene geändert. Konkret sieht's bei ihr so aus, daß sie bis Ende'93 24h in der Zelle eingesperrt war, wobei die Zellen neben, über und unter ihr leer waren um Kontakte zu vermeiden. Die eine Stunde mit anderen Frauen, die sie seit dem BGH-Beschluß von Endes'93 hat ist auch eher eine Farce, weil sich die Zusammensetzung der Frauen, die mit ihr Hofgang machen, ständig ändert. Es ist also äußerst schwierig für Birgit intensivere Beziehungen zu knüpfen. Gelingt es ihr dennoch, so werden die betreffenden Frauen von den Staatsorganen eingeschüchtert, im Sinne von: "Ist Ihnen bekannt, daß die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung strafbar ist?"
Konsequenterweise dann ist Birgit von allen möglichen Aktivitäten im Knast ausgeschlossen, wie z.B. Aufschluß, Umschluß, Sport, Bücherei, Kirche etc. Selbst ihren Müll muß sie allein entsorgen (zu anderen Zeiten als die übrigen Gefangenen). Sie soll keinen Kontakt zu anderen bekommen!



"Ich soll bloß immer die Zelle sehen und die gegenüberliegende Mauer, sonst nichts -die Zelle liegt so, daß den ganzen Winter die Sonne nicht reinscheint, als ich jetzt wieder in den Hof konnte, habe ich nach 3 Monaten zum ersten Mal die Sonne wieder gesehen."
(23.1.1994)

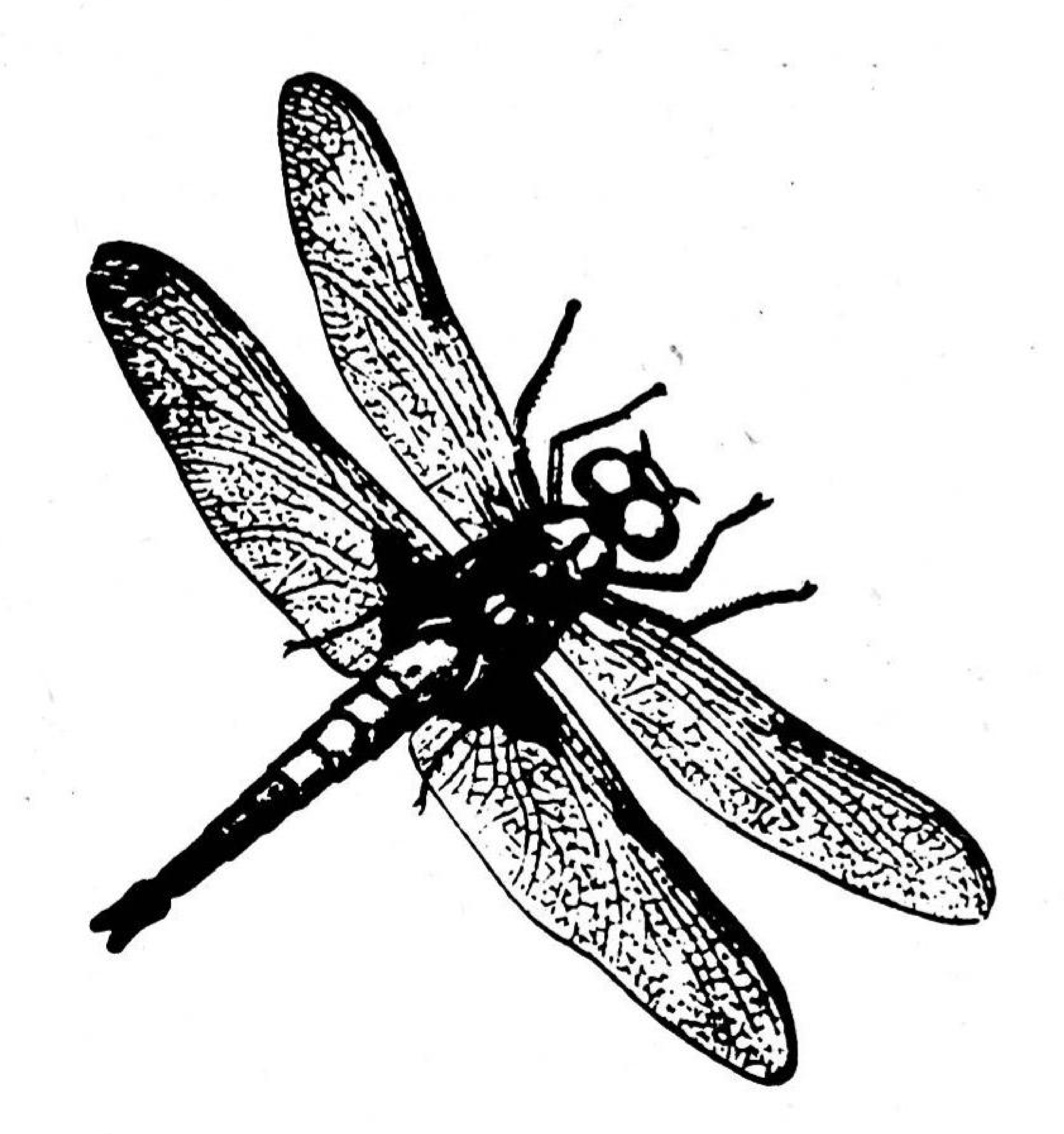
Für ihre medizinische Versorgung muß sie immer wieder kämpfen; ein Arzt ihres Vertrauens würde nicht zugelassen und die Anstaltsärzte beweisen eine ungeheure Inkompetenz (z.B. die Frage eines Arztes, ob eine Hüftgelenks-OP bei Birgit ambulant gemacht worden wäre.)
Desweiteren nimmt die Zensur bei Birgit extreme Maße an. Nach ihren eigenen Schätzungen ist die Hälfte der Post beschlagnahmt worden. Seitdem das OLG (Oberlandesgericht) Frankfurt für ihre Post zuständig ist, hat sich der Postweg nochmals verlängert. Briefe kommen oft, wenn überhaupt, erst nach Monaten bei ihr an, so bspw. ein Brief von Lutz Taufer, der 88 Tage auf sich warten ließ. Damit ist eine Auseinandersetzung mit ihr schon fast unmöglich und sie sagt, daß eine Steigerung dieser Sorte von Postverschleppung nur das totale Schreibverbot sein könne.
Neben diesem Haftstatut ist sie andauernd mit Schikanen konfrontiert, die sie als Rache seitens der Sicherheitsorgane empfindet. Sie verwundern eigentlich nicht mehr, gerade nach den Erfahrungen (über zwanzigjährigen), die Gefangene aus RAF/Widerstand mit dem Knastsystem haben machen müssen. Es ist insofern auch nicht davon auszugehen, daß ihre Haftbedingungen in Frankfurt jetzt wesentlich anders sind als diejenigen, die sie in Bielefeld uber sich ergehen lassen mußte.

Zum Prozeß

Birgit's Prozeß findet in einer Situation statt, die von einer relativen Perspektivlosigkeit geprägt ist. Knapp ein Jahr nach dem "Bruch" eines Großteils von RAF-Gefangenen mit der 'neuen' Politik der RAF (für die Birgit ja steht) und den Celler Gefangenen Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer und Knut Folkerts. In einer Phase, in der mehrere RAF-Gefangene durch die Kronzeugenpolitik wiederholt verurteilt worden sind, einer Phase, in der die RAF wie auch die Gefangenen einen kaum erkennbaren politischen Kurs steuern. Und zu einem Zeitpunkt, wo seit dem 19.9. funf AntifaschistInnen in Berlin unter Mordanklage im "Fall Kaindl" der Prozeß gemacht wird (sechs weitere Menschen stehen ebenfalls unter Mordanklage, haben sich jedoch dem Zugriff der staatlichen behörden entzogen). In einer Zeit auch, in der der kurdische Befreiungskampf massivst kriminalisiert ist, in der die PKK und viele andere kurdischen Organisationen verboten sind. Erinnert sei auch an die Ermordung von Halim Dener am 30.6'94 beim Verkleben von ERNK-Plakaten durch die Polizei in der Innenstadt von Hannover.
Eine Situation, die allgemeinhin dermaßen beschrieben werden kann:



-Reichtum ist zum großen Teil durch Raub und Ausplünderung von Rohstoffen und Vernutzung von Arbeitskraft in den in Abhängigkeit gehaltenen Ländern der Welt angehäuft
-Banken und Großkonzerne streichen nach einem halben Jahr Flaute wieder 20-30% Umsatzzuwächse und Gewinne ein, währenddessen die Massenarbeitslosigkeit strukturelles Problem ist und keinesfalls wie populistische SchwätzerInnen behaupten von Konjunktur abhängig
-der untere Rest der Gesellschaft wird von den Regierenden schlichtweg abgehakt ('Thatcherismus')
-die Kosten für Pflege, die durch krankmachende Arbeits- und Lebensverhältnisse produziert sind, werden allein den abhängig Beschäftigten aufgebürdet
-Menschen mit körperlichen oder geistigen Besonderheiten werden sobald sie nicht mehr ver"wert"bar sind, ausgegrenzt; Euthanasie wird wieder'offener'diskutiert
-von hier aus wird aktiv Völkermord unterstützt und betrieben
-Flüchtlinge werdengejagt, interniert und abgeschoben in das Elend aus dem sie kamen, wo sie bedroht sind von Folter, sexistischer Unterdrückung, rassistischen Pogromen und ökonomischer Auspressung; die Regierenden hierzulande rühmen sich der restriktiven Änderung des §16 GG, die mittels jahrelanger rassistischer Hetzedurchgesetzt werden konnte
-faschistische Angriffe werden nicht weniger, lediglich weniger beachtet; in den Medien nicht mehr an die große Glocke gehängt
-die Justiz ist eine Klassenjustiz: Verurteilungen gegen Faschister bleiben Alibiveranstaltungen zur Beruhigung des öffentlichen und internationalen Gewissens
-Sexistische Unterdrückung: hunderttausende von sexuell mißbrauchten Frauen und Mädchen; Männer in den maßgeblichen Führungspositionen; Gewalt in der Ehe, etc pp.
-deutsches Militär soll wieder in die Welt hinaus. "Verantwortung übernehmen" sagen die Regierenden dazu, Die meisten Völker dieser Erde nennen das Krieg. Zumal nach Ende der bipolarität (USA/UdSSR) vom reichen Norden gegen den armen Süden.
-Haarsträubende Geschichtsklitterung in Verbindung mit vehementem Antikommunismus ('die roten Socken')und bornierter ideologischer Augenwischerei: Gleichsetzung von NS-Staat mit der DDR; dabei fällt erst recht hinten runter, die Aufarbeitung des deutschen Faschismus durch den NS-Nachfolgestaat BRD.
-Milliarden von Geld wird in die Werbung verschleudert um den Menschen zu sagen, was notwendig scheint, tatsächlich jedoch unnötig ist.



so denn wäre diese Liste um vieles weitere fortzusetzen.

In dieserLage ist für Birgit's Prozeß nicht viel zu erwarten. Einen großen politischen wie materiellen Durchbruch damit zu erhoffen wäre mehr als illusorisch. Insofern kann es bei der Prozeßbegleitung nur um drei Dinge gehen:

1. zu vermeiden, daß Birgit dort allein den Staatsschutzbehörden gegenübersitzt
2. durch kontinuierliche Anwesenheit und Öffentlichkeit bewirken, daß sich der Staatsschutzsenat nicht traut allzu offensichtliche Schweinereien durchzuziehen
3. dafür zu sorgen, daß BAW und Staatsschutzsenat aus einem politischen Prozeß nicht eine kriminalistische Schmierenkomödie machen.

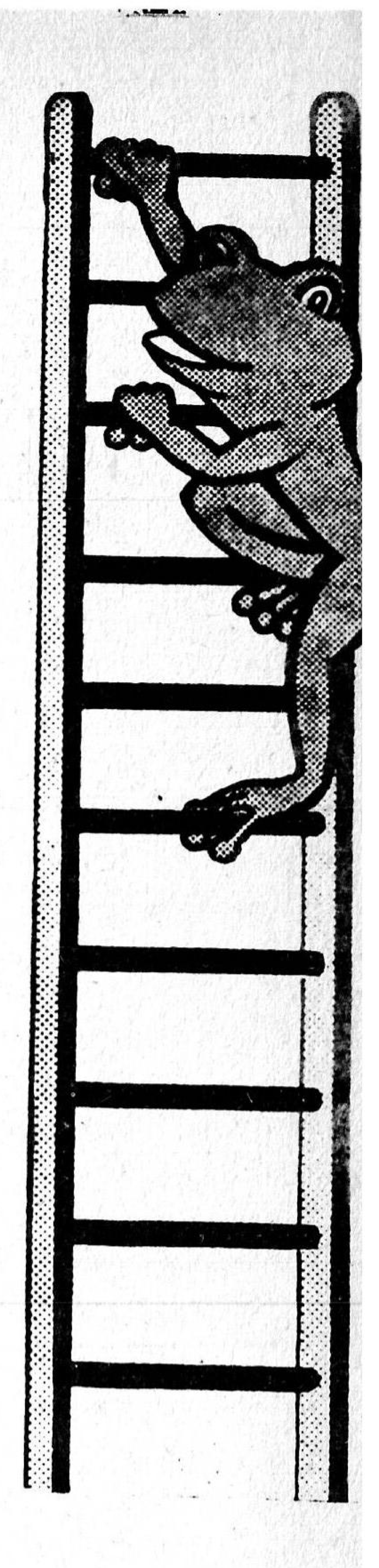
Mehr ist wohl realistischerweise nicht zu erwarten, was traurig ist, aber dem derzeitigem politischem Kräfteverhältnis entspricht.
Trotz dieser beschissenen Ausgangslage bleibt zu hoffen, daß viele zu Birgit's Prozeß kommen werden und daß viele trotz "Brüchen" und Streitereien über ihren Schatten springen können um Birgit solidarisch beiseite zu stehen.
Es wäre ein weiteres linksradikales Trauerspiel, wenn welche aufgrund der (vorhandenen) Streitereien nicht zum Prozeß gehen würden: die Staatsschutzinszenierung wäre damit perfekt.
Mit dieser Aufforderung sollen die politischen Widersprüche jedoch nicht unter den Tisch gekehrt werden: sie müssen endlich auch nachvollziehbar politisch geklärt werden, um eine neue organisierte Kampfetappe eröffnen zu können: es liegen genügend Probleme auf dem Tisch.
Es ist sowieso mehr als scheinheilig, wenn wir aus dem legalen Widerstand entweder so tun, als ob es uns nichts anginge oder uns kritiklos auf eine der vermeintlich beiden Seiten schlagen, denn:

> "es ist unsere Niederlage. Wir können es nur so diskutieren und es ist für uns absolut notwendig in jeder Diskussion das als gemeinsamen Ausgangspunkt zu setzen. Der gelaufene Bruch ist kein Bruch zwischen RAF und Gefangene. Es ist etwas, was in der Implosion der politischen Widerstandszusammenhänge der letzten Jahre immer wieder gelaufen ist. Der Unterschied ist bloß: hier läuft es lautlos. Die Leute gehen einfach, ziehen sich zurück, machen andere Sachen. Also, soll niemand sagen, das wäre nicht unser Problem.
> ("Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken",
> Kein Friede, S. 14)

Es liegt also in der Verantwortung eines jeden und einer jeden und in unserer Fähigkeit einen organisierten Diskussions- und Handlungsprozeß in Gang zu setzen. Ansätze dafür gibt es.

Leider sind uns die genauen Prozeßtermine noch nicht bekannt.

AG Geschichte
c/o Infoladen
Kornstraße 28-30
30167 Hannover



***** Batman gegen bad men *****

Leserbrief zu "Eine Nacht und 1000 Fragen" (Zeck Aug.94)
Auf der "Gala Infernale" am 15.7.94, einer Party für Lesben, Schwule und andere, wurden im gekennzeichneten Darkroom für Schwule schwule Pornovideos gezeigt. Der Artikelschreiber hatte mit einer Gruppe die Videoanlage beschädigt und funktionsuntüchtig gemacht.

Beim Lesen Deines Artikels klappte uns wirklich die Kinnlade herunter und zwar genau an dem Punkt, als klar wurde, daß der Artikel von einem Mann, einem heterosexuellen Mann ist. In einem Punkt hattest Du Recht: Dein Handeln wirft natürlich viele Fragen auf". Und "viele" formulierst Du auch treffend. War das eine schwulenfeindliche Aktion? Wir sind der Meinung: ja. Natürlich schränkt Ihr einen erkämpften Freiraum eigenmächtig ein - wobei noch die Frage ist, inwieweit sich ein Freiraum für homosexuelle Menschen in der Flora etabliert hat. Und Gedanken über schwule Pornographie und schwules Leben müssen wir uns alle noch eine ganze Menge selber machen.
Du sagst: "Ich kann und will Schwulen nicht vorschreiben, wie und wo sie ihre Sexualität zu leben haben." Wie nett von Dir - an diesen Vorsatz hättest Du Dich mal halten sollen, dann wäre diese ganze Schreiberei vielleicht nicht nötig gewesen. Überhaupt macht Deine Schilderung den Eindruck, als ob Eure ganze Aktion aus einer Antistimmung, einer Langeweile und Enttäuschung heraus entstanden ist: weil, die Party war halt beschissen! Das (später) mit inhaltlicher Kritik auszufüllen, erscheint fragwürdig. Aber wenn Ihr Kritik hattet, so hättet Ihr diese auch den OrganisatorInnen gegenüber äußern können, wenn Ihr sowieso nicht wißt, wie Ihr schwule Pornographie bewerten sollt. Die heimliche -anonyme- militante Aktion mit anschließendem Verschwinden ist immer das Einfache und erspart einem/r die anstrengende Auseinandersetzung. Manche Schilderungen Deines Artikels wären noch nachvollziehbar gewesen, wenn sie von einer Frau geäußert gewesen wären.
Und wenn Ihr eine gemischte Gruppe wart, kannst Du solche "Empfindungen" nicht einfach in die Wir-Form übersetzen. Von Dir als Mann erscheint es einfach unglaubwürdig. Du präsentierst Dich heuchlerisch als der moralische Super-Mann. Dabei müßtest Du gar nicht Deine(?) Sexualität auf jede denkbare Situation mit Männern und zwischen Männern übertragen. Warum redest Du immer von Schwanzfixiertheit. Wie wär`s denn mal mit Brustwarzenfixiertheit, Arschfixiertheit, Grübchenfixiertheit, Schenkelfixiertheit, etc. ... Sonst spricht aus Deiner Rede noch ein erstaunliches Maß an Körperfeindlichkeit und unserer Meinung nach auch Schwulenfeindlichkeit...
Es ist Dein Problem, wenn Du eine stark von Körperlichkeit und offensiver Sexualität getragene Situation nicht ertragen kannst (??!! d.Setzer). Aber wenn Du diesen "Körperkult" als "unerträglich" schilderst -den Körperkult hier v.a. schwuler Männer- und das auch immer mit Schwanzfixiertheit in Zusammenhang bringst, dann rührt Dein angewidertes Gefühl wohl aus dieser Vorstellung, daß diese Männerkörper sich auch gegenseitig mit ihren Schwänzen beschäftigen könnten. Daß Du das als so "unerträglich" empfindest, ist nichts weiter als unverarbeitete Homophobie.
In Deiner Charakterisierung von sehr schnell sich ergebenden sexuellen Kontakten in einem Darkroom als "mackermäßiges" "schnell mal bumsen" verbindet sich Deine Schwulenfeindlichkeit dann mit einer allgemeinen Sexualfeindlichkeit. Kannst Du Dir nicht auch eine andere Form von Sexualität vorstellen? Und muß schnell-mal-bumsen mackermäßig sein? Daß Du Aspekte homosexueller Kultur und eben auch schwule Pornographie immer wieder als patriarchalisch bezeichnest spricht dafür, daß Deine Differenzierung zwischen Homo- und Heterosexualität nicht sehr genau ausfällt. Pornographie hat in der schwulen (Sub-)Kultur eine ganz andere Bedeutung - und daß hängt (auch) mit der Repression homosexueller Sexualität zusammen. Und überhaupt: was ist gegen geile Bilder einzuwenden? Eine Position, die ohne zu differenzieren und zu begründen Pornographie an sich



verurteilt und als "Konsumsex" ablehnt, ist moralistisch - und nichts anderes. Sexuelle Filme und Literatur und Fotos und was auch immer können auch Animationscharakter haben. Sie können Fantasie und Körper in Bewegung setzen. Und diese Möglichkeit ist schön und gut - auch wenn der mainstream den Markt mit stumpfer, sexistischer oder einfach langweiliger Ware überschwemmt. Wir sollten uns lieber Gedanken darüber machen, wie sexuelle Darstellungen aus dem Konflikt hierarchisierender Ideologien befreit werden könnten, anstatt alle sexuellen Bilder gewalttätig aus unseren Räumen zu verbannen. In den Körpern und Gedanken führen sie ohnehin ihr Eigenleben.
that`s it!
3 Männer und eine Frau mit den unterschiedlichsten Gelüsten



Jenseits von Eden

Ein Diskussionsbeitrag von Männern zu "Sexualität + Herrschaft"

In den letzten Ausgaben der Interim sind Beiträge von Frauen zum Thema "Sexualität und Herrschaft" zu lesen. Diese haben bei uns erneut Diskussionen angeregt und Fragen aufgeworfen. Einiges davon wollen wir mit diesem Beitrag ansprechen. Im Kern geht es uns um unsere eigene Rolle als "Männerbewegte" in der antisexistischen Auseinandersetzung. Da diese Artikel in einem Blatt veröffentlicht worden sind, das sich ebenso an uns Männer wendet, wollen wir auch einige Kritik an ihnen üben. Wir sind uns dabei unserer Widersprüchlichkeiten bewußt. Zum einen kann dabei der Eindruck entstehen, daß wir den Frauen ihren Raum nehmen wollen, in dem sie sich öffentlich gegen Sexisten bzw. Vergewaltiger wehren. Zum anderen wollen wir uns nicht anmaßen, ihnen vorzuschreiben, wie sie sich gegen uns Männer durchsetzen bzw. verteidigen sollen. Es geht uns auch nicht darum, gegen die Öffentlichmachung von Vergewaltigern zu argumentieren. Unsere Kritik richtet sich gegen die Vorstellungen von "Männerbefreiung", die in den beiden Beiträgen enthalten sind. Sie beißen sich mit unserem Verständnis davon.

Wir finden jegliche Versuche notwendig, unter uns Männern ein Bewußtsein über Machtverhalten, besonders auch in der Sexualität, zu schaffen. Dabei gehen wir davon aus, daß es keine "natürliche" Sexualität gibt. Sie ist immer gesellschaftlich geformt und spiegelt in sich die Geschlechterverhältnisse wieder.

Die Geschlechter sind biologische bzw. soziale Konstrukte. Verkürzt ausgedrückt bedeutet Frausein in dieser Gesellschaft, sich unterzuordnen, gebärfähig- und willig zu sein, eine passive und fürsorgliche Rolle einzunehmen. Mannsein heißt, bestimmte patriarchalische Machtpositionen einnehmen zu wollen, aktiv und durchsetzungsfähig zu sein. Biologisch wird der Geschlechterunterschied weiterhin mit Hilfe des äußeren Erscheinungsbildes, der "männlichen" bzw. "weiblichen" Hormone, der XX, XY oder X0 Chromosomen (Genetik), der Drüsen und des Gehirnaufbaus konstruiert. Jedoch sind laut Carol Hagemann-White (1984) die Unterschiedlichkeiten unter den Geschlechtern teilweise größer als zwischen Mann und Frau. (Männer können klein sein, eine hohe Stimme besitzen, X0-Chromosomen und einen geringen Bartwuchs haben. Frauen müssen nicht immer gebährfähig sein, können groß und kräftig gebaut sein und auch mal einen Bartansatz haben...) Durch die Sozialisation werden die Menschen nach diesen Kriterien in zwei Geschlechter eingeteilt (es könnten eigentlich auch mehrere sein). Ihre unterschiedliche kulturelle Entwicklung, insofern sie sich kategorisieren läßt, wird dabei auf die Biologie zurückgeführt. Dazu haben wir einen passenden Text aus dem Wiener Tatblatt beigefügt (der hoffentlich im Anschluß an diesen Text mitveröffentlicht wird!).

Ähnlich verhält es sich mit dem Rassismus. Auch hier werden Unterschiede, in diesem Fall zwischen verschiedenen Hautfarben, konstruiert und aus der Biologie abgeleitet.
Diese Voraussetzungen bewirken, daß im patriarchalischen "Normalfall" zwei komplementär zueinanderstehende Geschlechterrollen aufeinandertreffen. Bei beiden sind Defizite vorhanden, die bei der jeweils anderen Person eingefordert werden können. Eigene Bedürfnisse bzw. Defizite spiegeln sich schnell in der anderen Person wieder. Dadurch kommen Erwartungshaltungen zustande, die mitunter das Gefühl Verknalltsein (nicht: Liebe) verursachen. Gesellschaftliche Isolation, die Unfähigkeit, kollektive Strukturen aufzubauen und die Alltagsverhältnisse treiben die Menschen mit ihrem verinnerlichten Bild der heterosexuellen Zweisamkeit in patriarchalische Familienstrukturen, in denen die Geschlechterrollen meistens sorgfältig aufeinander abgestimmt und weiter verfestigt werden. "Weiblichkeit" erfährt weiterhin gesellschaftliche Abwertung und "Männlichkeit" besetzt sämtliche gesellschaftliche Machtpositionen, "öffentlich" wie "privat".
Das heißt, daß wir Männer Machtverhalten auch in unserer Sexualität durch unsere Sozialisation verinnerlicht haben. Dieses drückt sich meist in der Form von Aneignung und Unterwerfung aus.



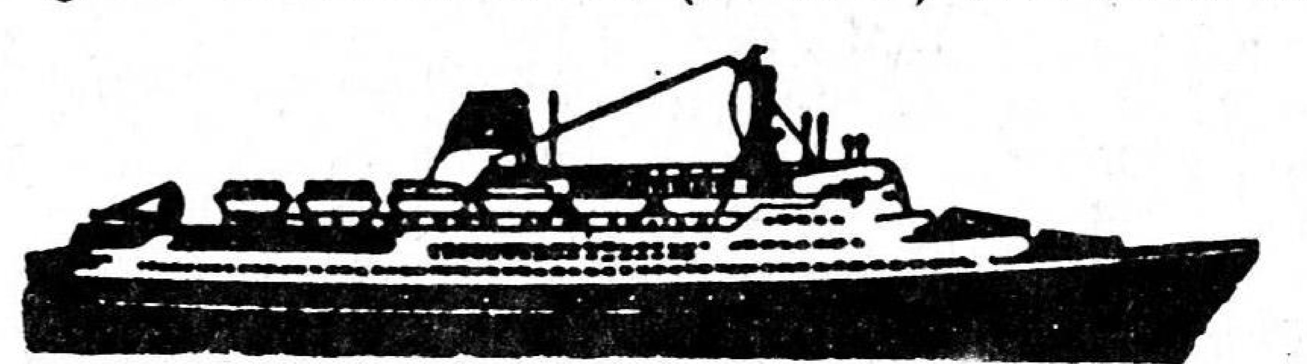




Dies ist unser Verständnis, mit dem wir die Beiträge von Frauen, die in den letzten Ausgaben der Interim veröffentlicht wurden, gelesen haben. In dem Interview über Sexualität und Herrschaft (Nr. 299) erzählen Frauen über ihre sexuellen Erfahrungen mit Männern. Sie halten die beschriebenen Männer für repräsentativ innerhalb der Szene.
Im Artikel "Jenseits von links" (Nr. 300) versuchen Frauen ihr Verhältnis zu Männern hinsichtlich sexueller Gewalt zu beschreiben. Dabei werden Vergewaltiger beschrieben und benannt. Beide Artikel haben die Absicht, Frauen zu ermutigen, sich offensiv gegen sexistische Gewalt zu wehren. Sie zeigen auf, in welchen Facetten sexistische Gewalt erlebt wird.
Im Artikel "Jenseits von Links" erwarten die Autorinnen ("La Bella Vista") von der "revolutionären Männerbewegung", daß sie sich an feministischen Analysen orientiert und gleichzeitig der "feministisch-revolutionären Frauenbewegung" unterordnet. Weiterhin stellen sie fest: "Da Männer die Gewalt ausüben, ist es nicht möglich, daß sie bestimmen könnten, was "frei" oder "Befreiung" sein kann." Diese Einsicht leiten sie von ihrer Sichtweise ab, nach der "sich alle Männer bewußt in einer Massenbewegung organisieren, die (...) tagtäglich ihre Verbrechen an Frauen begehen."

Einzig auf den Bereich struktureller gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse übertragen, mag diese Sichtweise schlüssig sein. Durch unsere Eingebundenheit in die patriarchalischen Herrschaftsstrukturen tragen wir diese als Männer mit. Jedoch finden wir die alleinige Sichtweise nur der strukturellen Gewalt als zu kurzsichtig und dogmatisch. Zwar ist die Gesellschaft von männlichen Bereichen dominiert und strukturiert, aber der einzelne Mensch vereint zuviele Widersprüche und Eigenheiten in sich, die dieser Struktur entgegenstehen. Dem Mann von vornherein eine bestimmte Bewußtheit in seinem Verhalten zu unterstellen, kommt einer Verschwörungstheorie bzw. einem Determinismus gleich. Andersherum stellt sich damit automatisch die Frage, ob sich denn jede Frau ihrer strukturellen Situation im Gewaltverhältnis zu Männern bewußt ist. Werden Frauen dazu gezwungen, sich in Männer zu verlieben und sie zu heiraten? Oder ist es nicht eine Form von Unbewußtheit, die in dieser Kultur angelegt ist?
»Die Denkfigur, die das männliche Geschlecht zum alleinigen Produzenten von Wirklichkeit macht, allein verantwortlich für Gewalt und Zerstörung, und im weib-lichen ein antithetisch zu Unterdrückung und Aggression sich verhaltendes Prinzip sieht (...) ist eine Mythologie. Getreu der "Dialektik der Aufklärung" hat sich darin das zu Analysierende - die Unterdrückung von Frauen - in ihren eigenen Mythos verkehrt.« (Windhaus-Walser, in: "Töchter fragen Frauengeschichte"; 1990: S. 71)

Uns geht es dabei nicht darum, daß wir Männer für unsere sexistischen Verhaltensweisen nicht Verantwortung übernehmen müssen. Ebenso erwarten wir nicht, daß wir von Frauen "therapiert" und auf unseren Sexismus ständig hingewiesen werden. Vielmehr geht es uns für uns Männer um eine differenzierte Sichtweise. Diese benötigen wir, um z.B. aus dem Interview über Sexualität und Herrschaft Vergleiche zu unserem eigenen Verhalten zu ziehen und den eigenen Sexismus zu erkennen.
Die bisherige Sichtweise, die auch in diesem Interview durchschimmert, läßt die dort dargestellten Männer zu Stereotypen werden, die ohne eigene Widersprüche dargestellt werden und deshalb in dieses Schema hineinpassen. Wir denken, daß mann sich gut hinter derartigen Stereotypen verstecken kann. Eine Folge daraus ist, daß viele Männer eine große Distanz zu den Beschriebenen aufbauen und es ihnen schwer fällt, sich in sie hineinzuversetzen. Das Ergebnis, wie so ein Text, der dann als eine Art Anklageschrift gegen linke Männer schlechthin verstanden werden kann, ist, daß wieder "neue" moralische Normen aufgestellt und verfestigt werden. Das gut/böse Schema, das im Text vorhanden ist, überträgt sich auf das männliche Normensystem und nistet sich in unsere "Szenemoral" ein.
Die Erwartungen, die von "La Bella Vista" an uns gestellt werden, sich als Männerbewegung der Frauenbewegung unterzuordnen, wollen wir nicht erfüllen. Wir sind zwar bereit, unsere gesellschaftlichen Machtpositionen zu hinterfragen und aufzugeben, aber wir wollen keine neuen mitaufbauen. Schließlich liegt die Ursache des Patriarchats nicht in der Biologie des Mannes, sondern ist in dem gesellschaftlichen Umgang mit Macht zu suchen. Wären wir anderer Ansicht, so würden wir dem Biologismus erliegen, daß Frauen die "besseren MachthaberInnen" sind.
Durch ihren Machtanspruch über die Männerbewegung versprechen sie sich eine befreiungsorientierte Perspektive für uns Männer. "La Bella Vista" unterstellen uns, daß wir als "Männerbewegte" keinen eigenen Begriff von "frei" oder "Befreiung" entwickeln können. Dadurch sprechen sie uns jegliche eigene Motivation zur (Selbst-) Veränderung ab



Es ist jedoch sicherlich eine große Schwäche der bisher zaghaften Männerbewegung, daß in ihr viele Männer keine eigenen revolutionären Perspektiven entwickelt haben. Jegliche Kritik von Frauen an sexistischen Verhaltensweisen bzw. ihr Kampf gegen Vergewaltigung war sicherlich immer wieder für uns Männer Stein des Anstoßes, uns in Männergruppen zu organisieren. Doch haben sich viele Männergruppen zusehr an Theorien und den Konflikten mit den Frauen beschäftigen, als sich um sich selber zu kümmern und zu sehen, wie sehr ihr eigenes Rollenverhalten sie deformiert.
Unsere Motivation für eine (Selbst-) Befreiung leitet sich nicht aus dem Zwang von außen dazu ab (wie etwa unter einem formulierten Machtanspruch von Frauen über uns), sondern aus dem eigenen Bewußtsein um unsere Rolle als Subjekt wie als Objekt im Netz der Herrschaftsverhältnisse und unseren Utopien von anderen Lebens- bzw. Umgangsformen.

Auch wenn wir, strukturell gesehen, das Patriarchat mittragen, organisieren wir uns nicht bewußt bzw. widerspruchslos in einer "Massenbewegung, die tagtäglich Verbrechen an Frauen verübt". Die Sichtweise, daß alle Männer gleichermaßen sexistische Gewalt ausüben, relativiert jegliche Form von dieser Gewalt. Dabei können mögliche antisexistische Entwicklungsprozesse einzelner Männer nicht nachvollzogen werden. Diese Prozesse für uns zu erkennen, halten wir für wichtig, da wir nicht glauben, daß sie alleine durch strukturelle Veränderungen von oben bzw. durch Zwang vonstatten gehen. Sexistische Gewalt als Männer auch untereinander erkennen und angehen zu können, erfordert ein differenziertes Umgehen damit und nicht die Vereinheitlichung aller Männer zu Sexisten.

Einige aus einer Männergruppe
Berlin, 2.10.1994

Anhang:

"Die Variabilität innerhalb der Geschlechter ist genauso groß wie die Variabilität zwischen den Geschlechtern"

„Mannweiblich war damals das Eine, Gestalt und Name aus beidem: Männlich und Weiblich zusammengesetzt — jetzt aber ist der Name ins Schimpfliche gewendet. Damals war die ganze Gestalt jedes Menschen rund, so daß Rücken und Flanken im Kreis standen; er hatte vier Hände und ebensoviele Beine und zwei Gesichter auf kreisrundem Nacken, ganz gleiche. Und zu den zwei gegenübergestellten Gesichtern nur einen Kopf und vier Ohren und zwei Schamteile und alles andere wie man es sich hernach vorstellen kann."
Platon; Das Gastmahl oder Von der Liebe

Bei der Auseinandersetzung mit der Entwicklung geschlechtsspezifischer Sozialcharaktere müssen wir uns notwendigerweise die Subjektivität der handelnden Personen, das „Wie-lernen", miteinbeziehen. Die Kategorien Mann und Frau müssen als Symbole innerhalb eines sozialen Sinnsystems begriffen werden. Die Eigenschaftszuweisungen „weiblich" und „männlich" sind daher immer fiktiv. Wichtig sind nicht die Eigenschaften, sondern die Art und Weise, wie sich Frauen und Männer innerhalb ihrer Lebensumgebung identifizieren.
Mit einer „ethnologischen Herangehensweise" haben Suzanne Kessler und Wendy Mc Kenna 1978 versucht, der sozialen Konstruktion einer Welt von zwei Geschlechtern auf die Spur zu kommen. Sie stellten dabei fest, daß auf verschiedenen Reflexions- und Praxisebenen, etwa im täglichen sozialen Umgang, in der Behandlung der Transexualität durch MedizinerInnen oder in der Auswahl von Stichproben durch PsychologInnen und SozialwissenschaftlerInnen bereits bestimmte Grundannahmen über den Geschlechterunterschied zum Tragen kommen. „In der Alltagstheorie der Zweigeschlechtlichkeit unserer Kultur wird Geschlechtszugehörigkeit als eindeutig, naturhaft und unveränderbar verstanden. Ohne jede bewußte Überlegung wird davon ausgegangen, daß jeder Mensch entweder männlich oder weiblich sozialisiert sein müsse, was im Umgang erkennbar zu sein hat (Eindeutigkeit); daß Geschlechtlichkeit körperlich begründet sein müsse, (Naturhaftigkeit) und daß sie angeboren ist und sich nicht ändern könne (Unveränderbarkeit)".
Die Soziologin Carol Hagemann-White schreibt dazu: „Nicht alle Gesellschaften teilen diese Auffassung. Eine Theorie, die unreflektiert die Alltagsannahmen der sie umgebenden Gesellschaft übernimmt, bleibt den Macht- und Herrschaftsverhältnissen dieser Gesellschaft verhaftet. Die Unterschiedlichkeit der Geschlechter wird im Alltag als deren Ungleichheit und als die konkrete Unterdrückung der Frauen konstruiert. Auch deshalb können wir es uns nicht leisten, die Existenz von zwei und nur zwei Geschlechtern vorauszusetzen, als wäre dies ein außergesellschaftliches, naturgegebenes und unveränderbares Faktum. Selbst die Humanbiologie, die ohnehin als eine spezifische Denkform unserer Gesellschaftsverhältnisse durchaus noch ideologieverdächtig ist, liefert keine eindeutige Definition des Geschlechterunterschiedes im Sinne der kulturell geforderten vollständigen Disjunktion.
Bis heute gibt es keine zufriedenstellende humanbiologische De-





finition der Geschlechtszugehörigkeit, die die Postulate der Alltagstheorie einlösen würde. Die Biologen Wellner und Brodda (1979) betonen, daß das äußere morphologische Geschlecht nur eine Geschlechtsbestimmung unter mehreren möglichen ist; es bestehe kein Grund, ausgerechnet sie als unabhängige Geschlechtsvariable zu wählen. Eine Sammlung aller Körpermerkmale, die bei der biologischen Geschlechtsbestimmung in Betracht gezogen werden (die Chrompsomen, der Hormonspiegel, die inneren und äußeren Geschlechtsorgane) würden vermutlich für die Mehrheit der Menschen, jedoch keineswegs für alle Personen eine Geschlechtsdefinition hergeben, die eindeutig von Geburt an gilt und unverändert bleibt. Wird darüber hinaus — ganz im Sinne des biologischen Denkens — die Fähigkeit und Eignung zur Fortpflanzung in die Definition aufgenommen, so bleibt kaum noch eine Übereinstimmung mit der sozial wirksamen Praxis der Geschlechtszuordnung übrig."

Carol Hagemann-White stellte sich also die Frage, wie denn der Stand der Forschung bezüglich Geschlechtsunterschiede im Verhalten und den Fähigkeiten von Mädchen und Buben ist. Sie stellte fest, daß von den Anfängen bis heute in der Psychologie zwei Vorurteile vorherrschend sind:

1) Frauen sind durch ihre Menstruation und Gebährfähigkeit als Person geprägt und gefestigt.

Diese Vorurteil läßt außer acht, daß die Gebärfähigkeit nicht für jede Frau und in jeder Phase ihres Lebens eine Rolle spielt, diese sie prägt oder gar festigt. Und ebenso wird das Erleben der Körperlichkeit vereinfacht. Wie jede Frau oder jeder Mann ihren/seinen Körper erlebt und erfährt, hängt vor allem von der Erfahrung in einer bestimmten Lebensumgebung und/oder Familie ab. Es sind unbiologische Faktoren, die entscheiden, wie ein Mensch seinen Körper erleben kann.

2) Verhalten, Leistung und Fähigkeiten sind je nach Geschlecht verschieden.

In den frühen 70em wurde nicht mehr das Geschlecht selbst als Ursache des jeweiligen Verhaltens herangezogen, sondem vielmehr das Verhältnis von Einflußfaktoren und Verhalten untersucht. Obwohl Mädchen und Buben ein weitgehend überschneidendes Verhaltensrepertoire zeigen, wird im Alltag nur ein bestimmter, nach Geschlechtern verschiedener, Teil abgerufen und überhaupt zur Kenntnis genommen, so daß ein „geschlechtstypisches Verhalten" erst ermöglicht wird.

Maccoby und Jacklin summierten die Ergebnisse vieler Untersuchungen und kamen zum Ergebnis, daß in den meisten Bereichen keine Geschlechterunterschiede festgestellt werden können. Lediglich bezüglich der Aggression sind Unterschiede festzustellen, doch liegt die Vermutung nahe, daß die Impulse bei Mädchen und Buben gleich sind, aber je nach Geschlecht und Schicht spezifisch verschieden ausgelegt werden („Sie ist hysterisch" versus „Er läßt sich nichts gefallen").

Die kognitiven Fähigkeiten betreffend können zwischen Mädchen und Buben jedenfalls nur geringe bis gar keine Unterschiede festgestellt werden.

Trotz dieser Erkenntnisse werden gerade das Sozialverhalten und die emotionalen Bedürfnisse allgemein für so unterschiedlich gehalten, daß sowohl in der Familie als auch in der Pädagogik dementsprechend unterschiedlich umgegangen wird.

So werden zum Beispiel Aspekte der geschlechtsspezifischen Arbeitsaufteilung generalisiert. Ein Beispiel: Obwohl Muskelkraft als geschlechtsspezifisches Merkmal des Mannes angesehen wird, ist der größte Teil des Krankenpflegepersonals, bei dessen Tätigkeit das Heben von Menschen von zentraler Bedeutung hat, weiblich. Geschlecht dient in diesem Fall lediglich als Platzzuweiser für die Zuteilung weiblicher Arbeitskraft zu gesellschaftlich unterbewerteten und schlechter bezahlten Arbeitsbereichen.

Aus dieser ständigen Unterbewertung der Arbeit von Frauen folgt eine ungleiche Position in allen Lebensbereichen. Und somit wird klar, daß das Differenzieren von Menschen in die Kategorien Mann und Frau für Frauen nur zum Nachteil ist, daraus folgernd es für sie auch nur wenig Interesse geben kann, Geschlechterunterschiede aufzuzeigen, wenn es ohnehin nur der Legitimierung derartiger — jede Frau — beeinträchtigender Folgen haben kann.

Einfluß von Familie und Schule auf die Entstehung von Geschlechterdifferenz

Die Bedeutung der Familie und insbesondere die Mutter-Kind-Interaktion in der Erziehung wird nach Ansicht Carol Hagemann-White's weitgehend überschätzt. Nancy Chodorow kritisiert in diesem Zusammenhang die Psychoanalyse, weil diese ihrer Ansicht nach die Mutter-Kind-Interaktion nur aus der Perspektive des Kindes betrachtet. Nicht einbezogen wird jedoch, daß die Mutter selbst eine Person mit vom Kind unterschiedlichen Bedürfnissen ist. Daraus ist zu schließen, daß die Folgen der Mutter-Kind-Interaktion nicht generalisierbar sind, weil ihr ja stets verschiedene individuelle Bedürfnisse und Verhaltensweisen der Mutter zugrunde liegen. Außerdem ist der Druck der Väter auf die Kinder, sich geschlechtsspezifischen Normen anzupassen, größer als der der Mutter.

Unabhängig von der Familie ist der Druck außerhalb derselben bereits massiv vorhanden. Vor allem die reale Angst vor sexueller Gewalt bewirkt eine intensivere und längerdauemde Aufsicht über Mädchen als über Buben. Diese Beaufsichtigung verhindert vielfach die Gruppenbildung unter Mädchen und schränkt daher deren Erfahrungswelt deutlich ein. Bereits das vermittelt Mädchen in weit stärkerem Ausmaß als Buben das Gefühl, daß die Welt „draußen" von diffuser Gefährlichkeit ist.

Und selbst wenn innerhalb der Familie versucht wird, mit Mädchen und Buben geschlechtsneutral umzugehen, findet spätestens im Kindergarten und in der Schule durch getrenntes Ansprechen von Buben und Mädchen eine Rollenzuweisung statt.

Außerdem findet in der Schule für Buben eine kompensatorische Erziehung statt, weil ihnen „mädchentypische Eigenschaften wie etwa Stillsitzen und Aufpassen abverlangt werden.

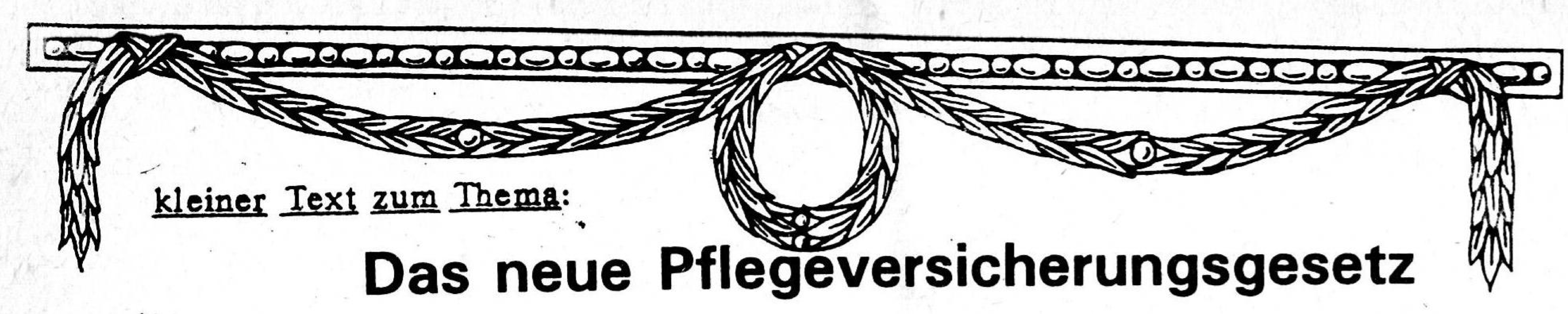
Für Mädchen gibt es das nicht, denn von ihnen wird nicht verlangt, zB undisziplinierr zu sein.

Welche Funktionen hat nun die Kategorie Geschlecht?

- Geschlecht ist Ergebnis verschiedener sozialer Abläufe (was allein ja noch keine Tragik ist).
- Die Kategorie Geschlecht dient aber auch der Rechtfertigung verschiedener sozialer Abläufe (reproduziert sie also)
- Geschlecht bildet und legitimiert eine der grundlegenden Teilungen und Ungerechtigkeiten der Gesellschaft.

So ist die Kategorie Geschlecht also eine machtvolle ideologische Resource, die für 54% der Menschen einen schwerwiegenden Nachteil bedeutet.

Die Voraussetzungen zur Überwindung der daraus resultierenden Ungerechtigkeiten ist die deutliche Benennung dieser Ungerechtigkeit, um dagegen praktisch ankämpfen zu können UND die Dekonstruktion der ideologischen Basis dieser Ungerechtigkeit (nämlich der konstruierten Zweiteilung), um deren ständige Reproduktion zu verhindem.



kleiner Text zum Thema:

Das neue Pflegeversicherungsgesetz

Wenn in unseren Zusammenhängen die Diskussion auf Behinderte kommt, fallen immer wieder die zwei Schlagworte EUTHANASIE (Vernichtung von Alten, Kranken, Behinderten) und EUGENIK (Verhinderung von "Lebensunwertem Leben").



Bei der Diskussion wird (meist) das 3. Schlagwort übersehen, nämlich:
EINSCHRÄNKUNG.
Wie alltäglich das für Behinderte ist kann jedeR erfahren, der schon mal mit einem Rollstuhl in der Stadt unterwegs war. Hinzu kommen Verhaltensweisen gegenüber Behinderten, wie z.B.: Belästigung, Anglotzen, Nicht-für-Ernst-nehmen, Pöbeleien, falsches Mitleid, faschistische Angriffe, ...

Noch schlimmer wird die Situation für Behinderte mit dem neuen Pflege Versicherungs Gesetz (PVG), das ab 1.4.1995 in Kraft treten soll. Die Politiker wollen damit (so sagen sie) die Finanzierung der Pflege von Alten, Kranken und Behinderten für "die Zukunft" sicherstellen. Daß die Realität anders aussieht, daß das "unproduktive, unwirtschaftliche" Leben der Behinderten weiter eingeschränkt werden soll, zeigt der Gesetzestext. Denn hier steht drin:

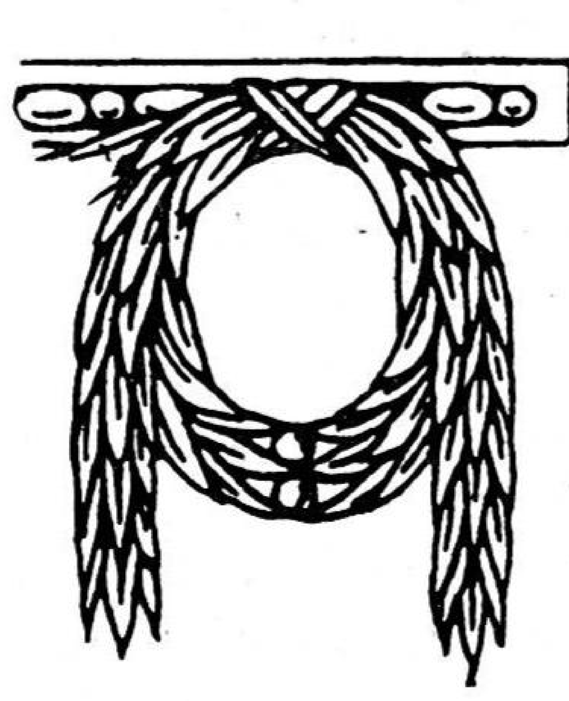


§ 34 Ruhen der Leistungsansprüche
(1) Der Anspruch auf Leistung ruht:
1. solange sich Versicherte im Ausland aufhalten, ...

Das heißt: Behinderte werden nur als kranke, bettlägerige Menschen verstanden. Nicht als Menschen die ein normales, aktives, selbstgestaltetes Leben haben.
Das heißt: Behinderte sind in der BRD gefangen, sie haben faktisch Ausreiseverbot, außer wenn sie selber für die nötige Betreuung zahlen können (z.B. Schäuble).
Das heißt: Behinderte machen Urlaub nur noch im Schwarzwald; kriegen nur noch Jobs (wenn überhaupt), wo sie sicher nicht ins Ausland müßen; dürfen keine Ausbildungen machen, die mit einem Auslandsaufenthalt verbunden sind (z.B.: keine Ethnologie, Anglistik, ...).
Aber Moment, es kommt noch besser :

§ 36 Pflegesachleistungen
(3) Der Anspruch auf häusliche Pflegehilfe umfaßt je Kalendermonat:
3. für Pflegebedürftige der Pflegestufe III Pflegeeinsätze bis zu einem Gesamtwert von 2800 DM.
(4) Die Pflegekassen können in besonders gelagerten Einzelfällen zur Vermeidung von Härten Pflegebedürftigen der Pflegestufe III weitere Pflegeeinsätze bis zu einem Gesamtwert von 3750 DM monatlich gewähren, wenn ein außergewöhnlich hoher Pflegeaufwand vorliegt ... Die Pflegekassen haben sicherzustellen, daß die Ausnahmeregelung des Satzes 1 für nicht mehr als 3% der Pflegebedürftigen ... Anwendung findet. (!!!)

Das gilt, wenn die Pflegekräfte von institutionaliesierten Einrichtungen (z.B.: ASB, Caritas, DRecK, ...) kommen. Will aber einE BehinderteR die Pflegekräfte selber aussuchen und einstellen, dann greift:



§ 37 Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen
(1) ... Das Pflegegeld beträgt (dann) *je Kalendermonat für*
3. Pflegebedürftige der Pflegestufe III 1300 DM. (?!!)
(3) Pflegebedürftige ... sind verpflichtet,
2. bei Pflegestufe III mindestens einmal vierteljährlich, einen Pflegeeinsatz durch eine Pflegeeinrichtung ... abzurufen. (Kontrolle)

Für die Institutionen bedeutet das, daß sie viel Geld (2800 DM - 1300 DM = 1500 DM pro Monat und Pflegefall) für ihre Verwaltungsarbeit kriegen.



Für die Behinderten bedeutet das, daß sie sich entweder von Angehörigen/Freunden, die kaum was dafür kriegen (Pflegestufe III heißt Rundum-Betreeung 24 Stunden am Tag) oder von Mensch die sie nicht kennen (mögen) pflegen lassen müßen. So könnte z.B. eine Frau die nicht von jungen Männern (Zuvieldienstleistende) gepflegt werden möchte, selber keine weiblichen Pflegekräfte einstellen, weil ihr die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stehen. Behinderte sind dann den Institutionen und ihren anonymen Pflegekräften (ständig wechselnde Zivis, Schwestern, Pfleger, ...) ausgeliefert. Eine Betreuung durch selbstausgesuchte, sympathische Pflegekräfte wäre nicht machbar.

<u>Quintessenz:</u> Wenn das PVG in Kraft tritt (zum 1.4.95) haben Behinderte keinen Anspruch mehr auf ein selbstbestimmtes Leben (zumindestens die Behinderten die in die Pflegestufe III gehören und nicht bettlägerig sind, sondern aktiv und autonom ihr Leben gestalten). Durch das PVG müßen (?!) Behinderte ihre Pflegekräfte von Institutionen abrufen, weil sie private Pflegekräfte nicht mehr bezahlen können, das **nimmt** Lebensqualität.
Eingewendet werden könnte, daß die fehlenden Geldmittel nach § 68&/69 BSHG (Hilfe zur Pflege) bezahlt werden. Aber die Politiker überlegen schon (leise noch), den § 68/69 BSHG einzuschränken. Wenn sie erst mal ihr PVG durchhaben, werden sie schon damit kommen.
Wenn das PVG durchkommt nähern wir uns dem Ende des selbstbestimmten Lebens Behinderter, weil eine 24-stündige Betreuung nicht mehr möglich (finanzierbar) ist. Behinderte werden in Heime (oder zu ihren Eltern) zurückmüßen, weil nur dort eine *umfassende* (haha), will heißen 24-stündige, Betreuung gegeben ist.

Kein Pflege Versicherungs Gesetz !!!

PS: Sorgt dafür das es die Betroffenen erfahren, denn viele Behinderte sind sich der Gefahr gar nicht bewußt, bzw. kriegen den Arsch nicht hoch.
Um <u>ALLE</u> Möglichkeiten zu nutzen, hier noch die Adressen von den verantwortlichen Bonzen:

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
z.Hd. Herr Blüm
Postfach 140280
53123 Bonz

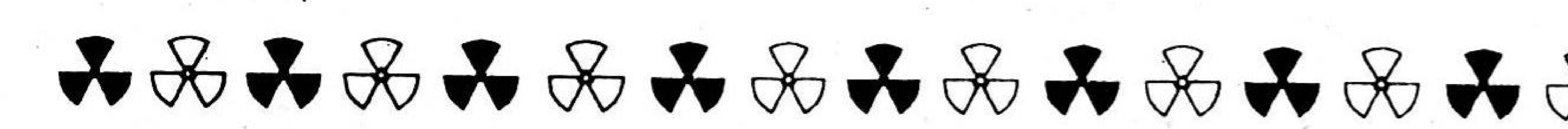
oder

BM. f. A.,G. u. S.
z. Hd. Herr Hauschild
Legsdorfer Hauptstr. 78-82
53127 Bonn



Gorleben und der CASTOR

Stand der Dinge, Ausblick und Perspektiven



Anfang Juni wurden erste konkrete Hinweise auf einen möglichen Castor-Transport ins sog. Zwischenlager (ZL) Gorleben bekannt. Gegen diesen Transport von abgebrannten Brennelementen aus dem AKW Philippsburg entwickelte sich der Widerstand recht vielfältig und rasant.

So erscheinen seit Mitte Juni beinahe täglich in der regionalen Elbe-Jeetzel-Zeitung ein bis drei Seiten mit Anzeigen von Personen und Gruppen, die sich gegen diesen Transport aussprechen. Auf diesem Wege haben über 2.500 Menschen öffentlich ihre Bereitschaft bekundet, sich am Tag X "quer zu stellen".

Andererseits wurden am 23.6. und 3.7. auf den möglichen Bahntransportstrecken ins Wendland Schwellen durchgesägt und Schienen auseinandergebogen. Im ganzen Landkreis hängen Plakate, werden Orts- und Hinweisschilder übermalt und überklebt, um der Gegenseite die Orientierung zu erschweren.

Anfang Juli wurde in unmittelbarer Nähe zu den Atomanlagen das Hüttendorf "Castornix" errichtet. Je nach Wochentag und Alarmstimmung hielten sich dort zwischen 20 und 300 Menschen auf.

An dem Wochenende vor dem vermeintlichen Transporttermin, am 9. und 10.7., fand die erste größere Aktion statt. Während auf der Demo mit etwa 1.000 Menschen eher Festivalcharakter herrschte, wurden zeitgleich massenhaft Barrikaden auf den Zufahrtswegen zum ZL errichtet. Dabei gelang es in mühevoller Handarbeit, die wichtigsten Straßen zu unterhöhlen und damit für schweres Gerät unpassierbar zu machen.

In der Folgenzeit beginnt ein Eiertanz um den möglichen Transporttermin, wurde das Hüttendorf und die ausgebauten Barrikaden von der mit acht Hundertschaften angerückten Staatsmacht geräumt, ein allgemeines Versammlungsverbot im Umkreis von 5 km rund um die Atomanlagen verhängt, gelang die abermalige Besetzung des Hüttendorfes. Dazwischen, am 16. Juli, demonstrierten rund 2.000 Menschen auf einer Happening-Demo vor dem ZL gegen den Castor. TeilnehmerInnen und Redebeiträge repräsentieren das gesamte Spektrum des Widerstandes:

Einheimische BürgerInnen und BäuerInnen, Wendischer Untergrund, Jugendumweltgruppen, HüttendorfbewohnerInnen und Gewaltfreie, Jugendantifa und Autonome aus Norddeutschland.

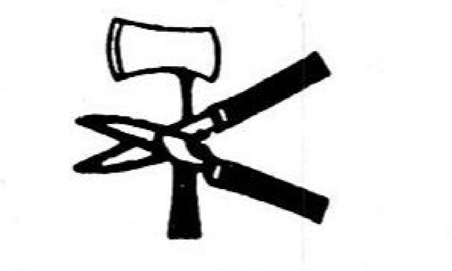
Im September folgen noch mehrere Demos, die die anderen Facetten des Atomprogramms angreifen. So die Paralleldemonstration in Gorleben und Philippsburg am 3.9.94.

Auch wenn mittlerweile das Hüttendorf aus Sicherheitsgründen verlassen worden ist und die öffentlich sichtbaren Widerstandsaktivitäten etwas nachgelassen haben, ist festzustellen, daß es anhand des CASTORs gelungen ist, die gesamte Atomproblematik, wieder verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Aktionen rund um Gorleben haben mithin nicht nur das Wendland in Bewegung gebracht. In ihrer Vielfalt und Breite stellen sie so etwas wie ein kleines Comeback der norddeutschen Anti-AKW-Bewegung dar. Der es überdies gelungen ist, Möglichkeiten des Widerstandes aufzuzeigen, die obendrein einen gewissen Erfolg zeitigen.

Auch im 11. Jahr nach ihrer Fertigstellung steht die Castor - Halle leer! Sorgen wir dafür, daß sie es auch in Zukunft bleibt!!!



AUFRUHR, WIDERSTAND, ES GIBT KEIN RUHIGES HINTERLAND



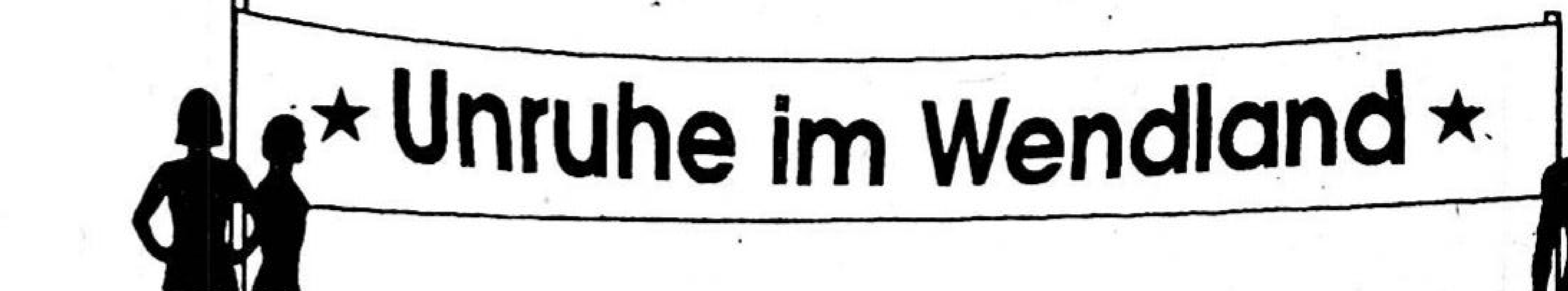
Was ist zu tun?

Der Castor ist keineswegs vom Tisch. Die Atomindustrie lauert geradezu auf eine Gelegenheit, die Halle in Gorleben zu füllen. Für uns ist klar: Sie werden es verdammt schwer haben!

An vielen Orten im Wendland werden im Vorfeld sowie am Tage eines möglichen Transportes die unterschiedlichsten Aktionen stattfinden. In der Diskussion sind z.B. gemeinsame Blockaden an ausgewählten Punkten der Transportsstrecke. Gemeinsam stellen sie ein Konzept dar, in dem sich die gesamte Breite und Vielfalt des Widerstandes ausdrückt. Ihnen allen gemeinsam ist das Ziel, den Castor zu stoppen, bevor er losfährt.

Das heißt notwendigerweise auch, daß sich der Widerstand nicht auf den Transporttag fixieren darf und das der politische Druck schon vorher erhöht werden muß.

Wir stellen uns quer, wo und wann wir es für richtig halten, nicht da und dann, wenn die Staatsmacht es sich ausrechnet.



★ bedeutet, schon heute den Protest und Widerstand zu organisieren.

★ zeigt an vielen Tagen unsere Widerstandsbereitschaft und macht unseren Protest sichtbar. Überall und massenhaft. Nicht nur im Wendland, sondern auch anderswo.

★ demonstriert den Herrschenden, daß wir uns nicht an ihre Spielregeln halten, weder heute noch in der konkreten Transportsituation!

★ heißt aber auch, die normalen Verhältnisse auf den Zufahrtswegen zu den Atomanlagen aller Art mit den unterschiedlichsten Methoden außer Kraft zu setzen. Grosse Strassen, Schienen und direkte Zufahrten sind mögliche Transportstrecken.

★ ist auch eine Warnung an die Profiteure der Atomindustrie.

★ ist eine Aufforderung zu Rat- und Tatschlag.

Organisiert euch in aktionsfähigen Gruppen. Denkt euch eigene Beiträge zum Unruhe Konzept aus, für den Tag X, genauso wie für heute, morgen und übermorgen. Oder überlegt, wie ihr in eurer Region für eine Beteiligung an grossen und gemeinsamen Blockaden mobilisieren könnt. Kümmert euch verstärkt um Atomtransporte zu den nächstgelegen Atomanlagen. Die Infrastruktur der Atomindustrie ist verletzbar! Denkt daran: Nicht das Atomprogramm ist der Fehler im System, das System ist der Fehler. Aber Widerstand ist machbar!

★Stand der Dinge / Einschätzung★

Noch immer steht der beladene Castor-Behälter auf einem Eisenbahnwaggon auf dem Gelände des AKW Philippsburg bei Heidelberg. Die den Transport betreffenden Genehmigungsunterlagen befinden sich seit Wochen im nds. Umweltministerium. Damit ist der offizielle Verfahrensablauf beendet. Was einzig und allein fehlt, ist die Genehmigung für diesen einen konkreten Behältertransport, die evtl. zum Druckzeitpunkt erteilt wurde. Was wir gegenwärtig erleben, ist nichts anderes als ein Theaterstück zwischen Bonn und Hannover, sich gegenseitig die politische Verantwortung für die Durchführung des ungeliebten Transportes zuzuschieben.

Beide Seiten haben durchaus konträre Interessen, die es zu wahren, durchzusetzen gilt. Die lange Reihe von Pannen, die bei der Beladung des Behälters im AKW aufgetreten sind, haben es der Umweltministerin Griefahn leicht gemacht, sich gegen diesen Transport auszusprechen. Das Eingeständnis der Atombetreiber, daß es keinerlei "zwingende Gründe" für einen Transport gebe, da die Lagerkapazitäten in Philippsburg noch auf Jahre ausreichten, trägt überdies entscheidend zu dieser Haltung bei. Die Griefahn-Position kann insofern auch nach "rechtsstaatlichen Kriterien" als sehr wohl begründet angesehen werden.

Spätestens nachdem Schröder den Castor zur Chefsache erklärt hat, gerät das Schauspiel zum gut inszenierten Medienspektakel. Es ist halt Wahlkrampf und die Buhlerei um der WählerInnen Gunst in vollem Gange. Damit nicht genug, dürfte es Schröder auch darum gehen, sich innerparteilich zu profilieren und als den besseren Kandidaten darzustellen. Zugleich verdeutlicht diese Präsentation seiner Person seine "Wichtigkeit". Ähnlich wie vor einigen Jahren, als Schröder vor der Landtagswahl ein baldiges Abschalten des AKW Stade in Aussicht stellte, versucht er heute sich als derjenige darzustellen, der allein den Castor verhindern kann.

Bundesumweltminister Töpfer kommt hingegen nicht umhin, die von Niedersachsen geäusserten Sicherheitsbedenken zu überprüfen. Zumindest auf "Expertenebene" a la TÜV gilt es, diese "auszuräumen", damit keine Gefahr für die Bevölkerung zu keinem Zeitpunkt blablabla. Weiterhin muß er sich, wie schon öfter, als Krisenmanager der Atomindustrie bewähren.

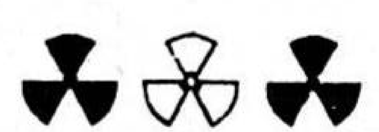
Die Entwicklung der letzten Wochen ist somit nur folgerichtig: zunächst wird ultimativ eine Stellungnahme aus Niedersachsen gefordert, welche dann bis zur Fertigstellung eines Gutachtens aufgeschoben wird.

Im nächsten Akt treffen die "Kontrahenten" direkt aufeinander, ohne daß es zu einer Annäherung zu kommen scheint. Als Zuckerstückchen für die auf den Castor wartende Atomindustrie wird die zweite Teilerrichtungsgenehmigung für die PKA in Gorleben erteilt. Im vorläufig letzten Akt muß die Atomindustrie auch weiterhin warten, denn obwohl Töpfer keinerlei Bedenken aus Niedersachsen teilt, nutzt er die alte SPD-Taktik, und prüft das geprüfte Papier über den geprüften Castor.

Das seltsame Schauspiel des Weisungstheaters geht also weiter und mittlerweile hat ein neues Mitglied des Ensembles die Bühne betreten. Schäfer, SPD, seines Zeichens Umweltminister in BAWÜ und zuständig für den Castor im AKW Philippsburg. Er droht Töpfer mit der Entladung des Castors im AKW, wenn nicht bald eine Entscheidung falle. Töpfer weist ihn in seine Schranken und den Verbleib des Castors auf dem AKW-Gelände bis zum Abtransport an.

Die als Weisungstheater eröffneten Nebelspiele werden fortgesetzt, ohne daß die eigentlichen Hauptdarsteller die Bühne betreten haben. Doch ihnen genügt es ohnehin, im Hintergrund die Fäden zu ziehen, an denen Töpfer und Schröder sich bewegen dürfen. So geht es zwar politisch um den Castor und die Inbetriebnahme der Castor-Halle in Gorleben, doch besteht hierfür keine technische Einlagerungsnotwendigkeit. Allerdings warten in den WAAs in La Hague und Sellafield mehrere Hundert Abfallgebinde auf ihren Transport nach Gorleben. Hierbei handelt es sich um sog. Glaskokillen mit hochradioaktivem Atommüll. Diese Kokillen sind es, die den Atomstromern PreAG, Bayernwerke, RWE, VEBA etc. Kopfzerbrechen bereiten. Denn ihre Lagerung verursacht hohe Kosten, wenn sie über die vertraglich vereinbarte Zeit hinaus in den WAAs bleiben. Eine Einlagerung in Gorleben kommt zur Zeit wohl nicht in Betracht, da es dafür einer Nutzungserweiterung der Castor - Halle in Gorleben bedarf. Die Genehmigung der Nutzungserweiterung könnte wegen des derzeit fehlenden Nutzens (leere Halle) eventuell jahrelang beklagt werden. Insoweit ist davon auszugehen, daß die AKW-Betreiber so schnell wie möglich einen Castor nach Gorleben verbringen wollen.

Sollte es hingegen dazu kommen, daß Töpfer sich dazu veranlaßt sieht, sich den Ausführungen Niedersachsens in Teilen anzuschließen und keine Weisung für den Transport aus Philippsburg zu erteilen, besteht dennoch kein Anlaß zur Entwarnung. Denn auch das AKW Biblis (Hessen) hat eine Transportgenehmigung für einen Castor nach Gorleben beantragt und evtl. schon erhalten. Nach neueren Informationen ist anzunehmen, daß die Atomstromer und Töpfer den Transport bis Ende Oktober im ZL Gorleben drin haben wollen. Zusammengefaßt läßt sich die Situation auf den Punkt bringen, daß die Atomstromer nach eigenem Bekunden noch in diesem Jahr die ersten Glaskokillen ins Wendland transportieren wollen. Hierfür scheint es ihnen erforderlich, zumindest einen Castor-Behälter im ZL einzulagern. Wobei sie natürlich die Option erhalten wollen, den Müll am jeweiligen WAA-Standort zu belassen. Diese Variante wäre zwar teurer, aber politisch im Supi-Wahljahr weniger brisant.



★Ausblick und Perspektiven Stand Sept. '94★

Mit dem geplanten Castor-Transport, der drohenden Einlagerung von Glaskokillen sowie der Erteilung der 2. TEG für die PKA wird die Bedeutung des Standortes Gorleben für das Atomprogramm weiter festgeschrieben. Die Entsorgungsfrage des täglich anfallenden atomaren Mülls bleibt weiter ungeklärt. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, den Protest und Widerstand, der sich gegen den Casor entwickelt hat, thematisch zu vertiefe und zu verbreitern. Dies bedeutet, daß über den Castor hinaus auch das restliche Atomprogramm - auch auf internationaler Ebene - anzugehen wäre. Zugleich müßten die politischen Hintergründe stärker als bisher in die Öffentlichkeit getragen werden. Als ein mögliches Aktionsfeld böten sich neben den Konzernen (z.B. Siemens-Boykott-Kampagne) die Atommülltransporte aus der BRD ins Ausland an. Jedes Jahr verlassen z.B. 4-6 Transporte mit abgebrannten Brennelementen die meisten AKWs in Richtung La Hague oder Sellafield auf dem Schienennetz der Deutschen Bahnen. Dabei handelt es sich um ähnliche Behälter wie beim Castor. Dazu hat es 1989 bis 1991 schon einmal eine Transportkampagne gegeben und 93/94 haben Gruppen zu den Brokdorf- Sellafield Transporten gearbeitet. Auch hier ist es zumindest in Ansätzen gelungen, die Transportproblematik mit dem laufenden Betrieb von Atomanlagen zu verknüpfen.

Nach den Bundestagswahlen wird es wieder sog. Energiekonsensgespräche zwischen CDU, SPD und der Atomwirtschaft geben. In dieser Runde soll - über Gesetze abgesichert - das Atomprogramm fortgeschrieben werden. Ohne den Widerstand ist zusätzlich mit einem Ausbau des Atomprogramms und AKW-Neubauten zu rechnen. Jede Aktivität der Anti-AKW-Bewegung, sei es in Gorleben, Morsleben, Greifswald oder an den Transportstrecken, wird Auswirkungen auf diese Konsensgespräche haben. Der SPD-Vertreter in dieser illustren Runde ist übrigens der scheinbar omnipotente G. Schröder.

Ein vorsichtiges Fazit der Aktionen im Wendland ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt über das bisher gesagte hinaus nötig und möglich:

Der geplante Einlagerungstermin konnte verhindert werden. Neben dem Widerstand vor Ort haben die technischen Pannen hierzu beigetragen. Die gegenseitige Rücksichtnahme auf die unterschiedlichen Vorstellungen vom Vorgehen gegen den Castor hat sich bewährt. Auch wenn es in der konkreten Praxis oftmals schwierig, nervend und mitunter desillusionierend ist, ergänzen sich Zeitungsanzeigen, Feldgottesdienste, Treckerdemos, Hüttendorf und Karawane, Sabotageaktionen und Barrikadenbau erst zu jenem Gesamtbild, welches für die Herrschenden einfach unberechenbar ist und die Stärke des Widerstandes ausmacht.

Es ist zu erwarten, daß wegen der Unmengen von "Straftaten" seit Pfingsten 94 wieder verstärkt polizeilich ermittelt wird. Die Staatsmacht sammelt weiter fleissig Daten und Infos. Die Ermittlungen von 1990 wegen eines erfolgreich verhinderten Castors führten zu umfangreichen Abhöraktionen und Beschattungen. Die Ermittlungsverfahren in Brokdorf 1993 wegen Transportblockaden und Hannover 1993 wegen einer Aktion zu den Konsensgesprächen führten zu Geldstrafen und Strafprozessen. Bei einer politisch verschärften Lage sind in bezug auf Gorleben auch wieder Ermittlungsverfahren nach §129a zu erwarten.

Der witzige Happeningcharakter so vieler Aktionen sollte nicht über die Ernsthaftigkeit der Situation hinwegtäuschen. Es gelten immer die üblichen Vorsichtsmaßnahmen wie vernünftiger Umgang mit Informationen und gute Vorbereitung auf Aktionen.





Am 18.10. raus auf die Straße zur

Demonstration

Freiheit für Irmgard Möller !

Am 18.10. jährt sich zum 17. mal der Tag an dem Andreas Baader. Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin tot und Irmgard Möller schwerverletzt in ihren Zellen im Todsicherheitstrakt Stuttgart-Stammheim aufgefunden wurden. Wie bereits beim Tod von Ulrike Meinhof im Mai 1976 aber auch beim Tod von Wolfgang Grams im Juni 1993 versuchten die Verantwortlichen in der BRD der Öffentlichkeit die Version von Selbstmorden einzureden.

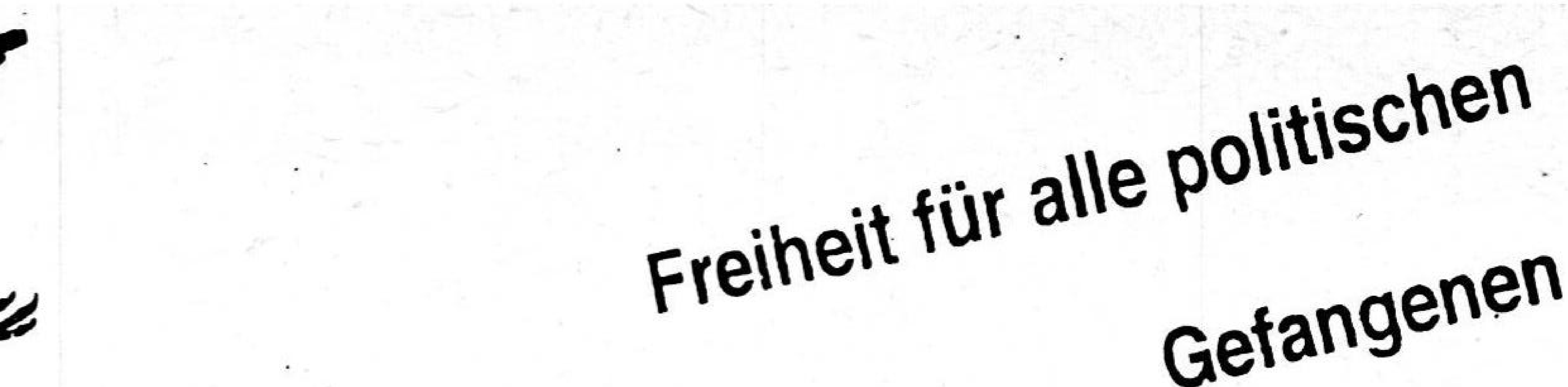
Irmgard Möller sagt - als einzige Überlebende der Mordnacht - daß weder die Gefangenen Selbstmord begangen haben, noch sie sich die schweren Verletzungen selbst zugefügt hat. Diese Aussage wurde durch die Gutachten einer unabhängigen, internationalen Untersuchungskommission untermauert.
Zur Zeit befinden sich 17 Gefangene aus der RAF in den Knästen. Am Längsten von ihnen Irmgard Möller, jetzt seit über 22 Jahren. An ihr wurden sämtliche Formen der Isolationshaft durchexerziert.
Aber wir wollen am 18.10.94 nicht nur dafür auf die Straße gehen, daß die Verbrechen, für die der Name Stammheim steht, die Isolationsfolter und die Nacht zum 17./18.10.77 nicht aus unserem Bewußtsein getilgt werden.

Wir wollen von hier und heute reden: Davon daß Irmgard raus muß.

Der Hamburger Arzt Dr. Stöwsand schrieb in einem Gutachten über Irmgard Möller vom **16.09.75**: *"Zusammenfassend läßt sich sagen, daß bei der Patientin klassische Erscheinungen der Isolationshaft (..) bestehen. Schlußfolgernd muß die Berechtigung der Aussage, die Isolationshaft als Foltermethode zu bezeichnen, betont werden."*

Wir wollen davon reden, daß sie alle raus müssen, die Gefangenen aus der RAF.
Stattdessen liefen und laufen die neuen Prozesse gegen die Gefangenen, damit jede und jeder, die hier was ändern will, eingehämmert bekommt: Kampf gegen den Imperialismus ist tödlich, nicht möglich.
Die Geschichte ist zu Ende.
Nichts ist zu Ende! Das Kräfteverhältnis hat sich geändert, ja, beschissen. Aber nicht betteln und bitten, sondern weiterkämpfen hier und jetzt.
Durchbrechen wir diese festgefressene Situation der Bewegungslosigkeit, damit die Freiheit und nicht der Tod Perspektive ist für alle Gefangenen.

Das Ausmerzverhältnis der Herrschenden gegen jeglichen Widerstand wird deutlich, in der Kriminalisierung unserer kurdischen Genossinen und Genossen und nicht zuletzt der Menschenjagd auf die Antifas, denen Beteiligung an der Aktion gegen sieben faschistische Funktionäre in Berlin, in derem Verlauf Gerhard Kaindl ums Leben kam, vorgeworfen wird.



Freiheit für alle politischen Gefangenen

Kommt zur Demo.

"Es ist notwendig, einen Schnitt zu machen, aufzuräumen mit dem Denken, das sich in den letzten Jahren etabliert hat, weg vom Starren auf "Angebote", auf die Justiz, auf die ganze elende Tour, mit der der Staat die Schraube nur immer noch eine Umdrehung zugedreht hat. ***Irmgard muß raus !"***

Sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller !

Freiheit für die verfolgten Antifas !

Freilassung aller kurdischen Gefangenen in den BRD-Knästen !

Solidarität mit allen gegen den Weltimperialismus kämpfenden

Menschen hier und überall !

Der Kampf geht weiter !

Demonstration am 18.10.1994

Ort: **Adenauerplatz**

Zeit: **17.00 Uhr**

Demoroute:
Adenauerplatz - Kreuzung Joachim-Friedrichstr./Ku'Damm - Breitscheidplatz und nicht wie angenommen nach Moabit!!!

19.30 Uhr Kundgebung Alt-Moabit - Freiheit für die Antifas

Veranstaltung

zum 18.10.1977 und zur Freilassungskampagne für Irmgard Möller mit ehemaligen Gefangenen aus der RAF und Angehörigen, Freundinnen und Freunden der politischen Gefangenen in der BRD, sowie Informationen zum Prozess gegen die Antifas in Moabit.

Ort: **Haus der Demokratie, Friedrichstr. (U-Bhf. Franz.Str.)**

Zeit: **Am 16.10.1994, 18.00 Uhr**

Schöne neue Welt

Offenes Erwerbslosen-Treffen

Seit den Vertretern von IWF und Weltbank bei ihrem Treffen in Berlin 1988 die Parole "IWF - Mördertreff" unangenehm in den Ohren gellte, hat sich der normale Gang der Dinge zu neuen Höhen aufgeschwungen. Die Modernisierung der Ökonomie im internationalen Maßstab hat zu glänzenden Ergebnissen geführt:

- die Anzahl der Kriege hat sich vervielfacht, sei es in der Form des Kampfes um Einflußsphären (wie im zweiten Golfkrieg), sei es in der Form des sog. innerstaatlichen Konflikts
- der Hunger tötet täglich tausende von "überflüssigen EsserInnen" in aller Welt,(während die materiellen Möglichkeiten, allen Menschen ein sorgenfreies Leben zu garantieren, noch nie so groß waren wie heute).
- neue Gesachäftszweige tun sich auf: das Ausschlachten von Kindern in Lateinamerika zur Belieferung des florierenden internationalen Transplantationsmarktes mit Organen
- und die Ausbreitung der Pest in Indien auf der Basis eines wachsenden Elends stellt nur das jüngste Beispiel für die harmonische NEUE WELTORDNUNG dar

Weit entfernt davon, die Ausnahme darzustellen, spiegeln sich in diesen Ereignissen nur die Entwicklungen wieder, die in jedem Land der Welt stattfinden.

- in den Ländern des ex-"realsozialistischen" Lagers gibt Jugoslawien das Modell des Kampfes um den gesellschaftlichen Reichtum ab: die Bürokratie, deren Verfügungsgewalt über den Reichtum nicht rechtlich, sondern nur politisch abgesichert war, zerbricht in mehrere Fraktionen; die alte, um einen Führer (in diesem Fall Tito) herum konzentrierte Ideologie wird über Bord geworfen, die sozialen Kämpfe der Vergangenheit haben ihr allerdings auch keine Wahl gelassen Dennoch gelang es der Bürokratie mit Unterstützung von IWF und Weltbank die sozialen Kämpfe zu blockieren und als Gegenprojekt die Ethnisierung und Aufteilung von Land und Wirtschaft durchzusetzen. Der Bürgerkrieg, der uns hier als Spektakel eines ethnischen Konflikts von Minderveṙnünftigen verkauft wird, ist bei diesem Vorhaben notwendiger Bestandteil. Jeder Widerstand wird zerschlagen und die Menschen werden vor die Wahl gestellt: Mitmachen oder abhauen. Die Einflußnahme äußerer Mächte in deren eigenem Interesse eskaliert den Konflikt noch (in diesem Fall in erster Linie Deutschland, die die reaktionärste Fraktion in Kroatien unterstützte).

Die Entwicklung in der Ex-SU folgt, unter den spezifischen Bedingungen des Zerfalls einer mit Atomwaffen hochgerüsteten Weltmacht, dem gleichen Muster: wie die verschiedenen, in den westlichen Medien weitgehend verschwiegenen Kriege, die Putsche und Putschversuche der Zerfallsprodukte der bürokratischen Klasse beweisen.

Da auch in Westeuropa die Verwertung der Menschen auf Widerstand stößt, versuchen die nationalen Eliten, diesen Einflußverlust durch den Nationalismus des Standortesauszugleichen. Die Verwaltung der Krisenökonomie ermoglicht immer weitgehendere autoritäre politische Formen; am fortgeschrittensten ist er Prozeß augenscheinlich in Italien, wo sich ein sonderbares Bündnis die Regierungsmacht teilt: Faschisten der Alleanza Nationale, Forza Italia rund um eine Schlüssefigur der alten mafiosen staatlichen Struktur, Berlusconi, und die Lega - geeint durch den Willen zur Macht, die nationalistische oder, was im Kern das Gleiche ist, regionalistische(Lega) Rhetorik

Auch hier finden die weltweiten Entwicklungen statt Die Ökonomie ist zu einem steten Auf- und Ab von Boom und Krise übergegangen jeder Anspruch auf Krisenregulierung wurde mittlerweise aufgegeben. Auch die Jobs, die wir kriegen, sind immer öfter entgarantiert, das heißt mit Befristungen und verschlechterten Sozialleistungen. Diese Entwicklung ist zwar nicht abgeschlossen, aber ganz sicher nicht mehr rückgängig machen. Dazu verlieren Vertretungs- und Vermittlungsinstitutionen wie zum Beispiel die Gewerkschaften immer mehr an Einfluß, die Mobilität des Kapitals kann jedes Land innerhalb kurzer Zeit in die Krise stürzen. Trotzdem werden Ausmaß und Geschwindigkeit des Prozesses, das heißt unsere ganz konkreten Lebensbedingungen, davon abhängen, was dem ganzen an Widerstand entgegengesetzt wird.

Eines der wichtigsten Felder des sozialen Angriffs ist die Behandlung der Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen. Wenn es von oben tönt, die Armen seien sowieso nur "Sozialschmarotzer", dann ist gemeint, die Menschen, die noch nicht jeden Drecksjob annehmen, sind der Durchsetzung optimaler kapitalistischer Verwertungsbedingen nach wie vor im Weg. Entsprechend die Härte des staatlichen Vorgehens: Letztes Jahr wurde auf den Arbeitsämtern der Meldeappell eingeführt, eine Folge von willkührlichen Meldeterminen auf den Arbeitsämtern, die verhindern soll, daß Erwerbslose mit ihrer Zeit anfangen, was *sie* wollen. Dies Jahr wurde die Arbeitslosenhilfe gekürzt und die ABM-Löhne noch gleich dazu, ein klares Zeichen, daß Erwerbslosen das Leben so schwer wie möglich gemacht werden soll.

Desweiteren wird gegenüber SozialhilfeempfängerInnen und Flüchtlingen die Zwangsarbeit zum Regelfall gemacht. Entweder Arbeit für 3,- DM die Stunde oder Streichung des bißchen Geld, das es noch gibt.



Ziel der Maßnahmen ist es, den Arbeitszwang bis in die letzten Poren der Gesellschaft durchzusetzen, uns vor die Alternative zu stellen: Verwertung(zum Nutzen der Reichen) oder Elend(mit der Perspektive Vernichtung). Die Pläne der Regierungsfraktionen sprechen eine deutliche Sprache: Die Sozialhilfe für "Erwerbsfähige" soll gekürzt werden, mit der erklärten Absicht, sie in Niedriglohnjobs zu zwingen, also die Löhne für alle zu senken. Auf der anderen Seite soll die Pflegeversicherung die Pflegesätze senken und das Risiko(nicht mehr verwertbar zu sein) zum individuellen Problem machen. Auch die Perpektive Vernichtung ist nicht mehr Horrorutopie. Die Euthanasiedebatten kündigen an, was droht, und die real stattgefundenen Kürzungen im Gesundheitswesen(für Arme!) sind erste Schritte zu dessen Verwirklichung.

Dennoch, so weit ist es noch nicht. Auch wenn organisierter Widerstand rar geworden ist, verweigern immer noch sehr viele die ihnen zugedachte Rolle bei diesen Vorhaben. Für uns kann dies alles nur bedeuten, kollektiven Widerstand zu leisten. Zum anderen kämpfen wir nach wie vor für das Ende einer Gesellschaft, die uns(und nicht nur uns) vor solche Zumutungen stellt, was vor der Abschaffung des Geldes nichts anderes heißen kann als:

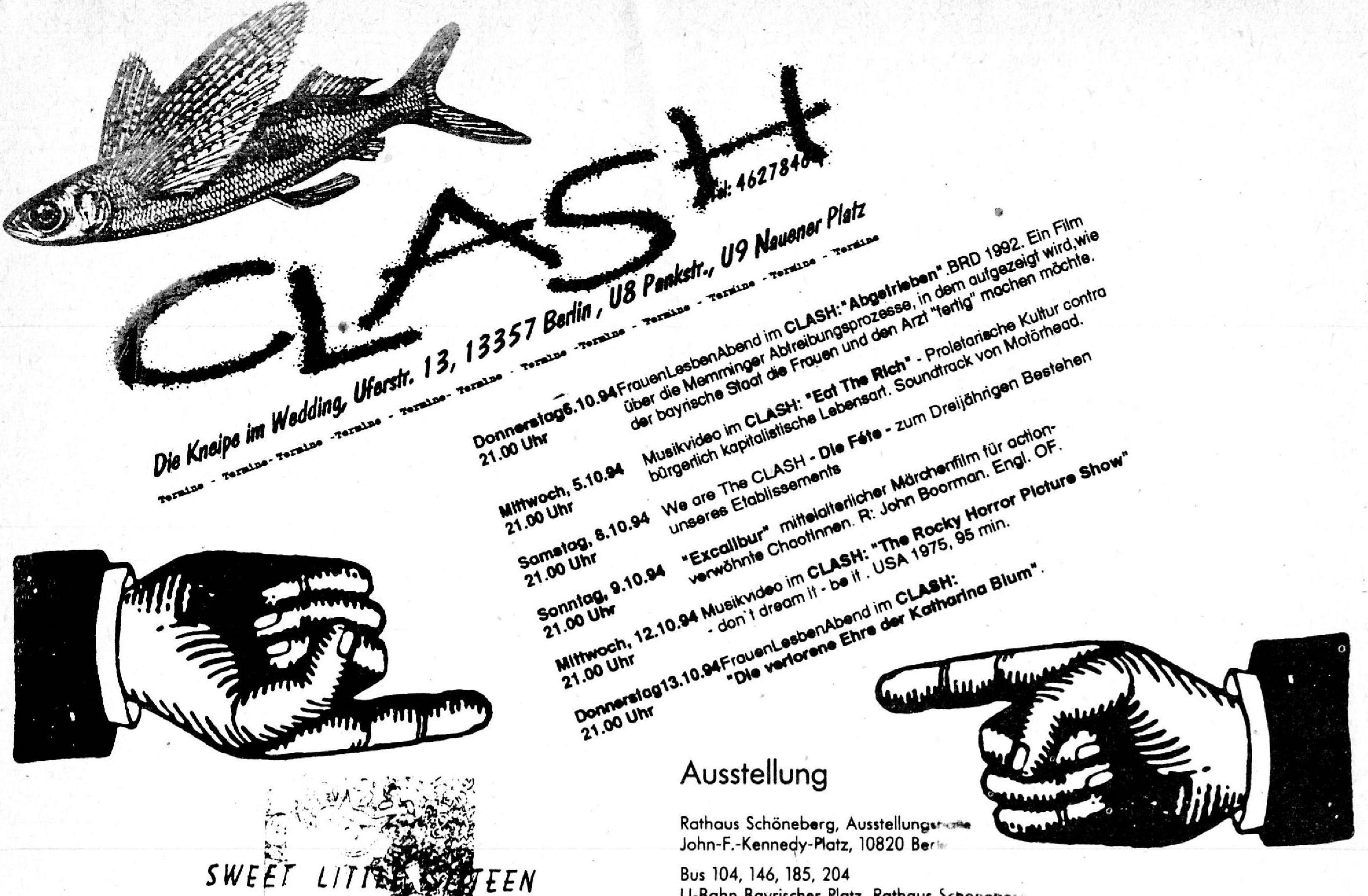
Her mit der Kohle!

Jeden 1. und 3. Montag im Monat, 16.30 - 19.00 Uhr
in der Kollektiven Hand, Sanderstr. 8, Neukölln, U-Bhf. Schönleinstr.

OFFENES ERWERBSLOSEN - TREFFEN

Gegen Zwangsarbeit, Ämterschikane und Sozialkürzungen...

... Information - Diskussion - Aktion !



Ausstellung

Rathaus Schöneberg, Ausstellungs...
John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Ber...

Bus 104, 146, 185, 204
U-Bahn Bayrischer Platz, Rathaus Schöne...

Vom 9. Oktober bis 6. November 1994
Di – So 10 – 18 Uhr

Sa nur für Frauen

Gewalt erfährt jedes Mädchen in dieser Gesellschaft: die strukturelle Gewalt der Verhältnisse, die sie in bestimmte Verhaltensweisen drängt und sie von Möglichkeiten ausschließt. Viele sind darüber hinaus körperlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt.

Die Ausstellung fordert die Besucherin / den Besucher auf, sich auf die Erfahrungen und Erlebniswelten der Mädchen einzulassen, sie nachzufühlen:

- die Gewalt, die Angst, die Einsamkeit, die vergeblichen Hilferufe,
- die Folgen der Gewalterlebnisse,
- aber auch die Möglichkeiten des Ausbruchs, das Wiedergewinnen von Lebensmut, den Zuwachs an Stärke, den die Befreiung aus der Gewaltsituation bedeutet,
- und die offene Zukunft: Träume, Hoffnungen, Wünsche, Utopien.

Die Idee zur Ausstellung wurde im Mädchenhaus Berlin entwickelt und in Zusammenarbeit mit mehreren Künstlerinnen umgesetzt.
Realisiert wird das Projekt in Zusammenarbeit mit dem Amt für Frauen und dem Kunstamt Schöneberg.

Schulklassen und Gruppen können sich anmelden und eine Begleitung durch die Ausstellung vereinbaren.

Informationen und Anmeldung: Amt für Frauen, Tel. 783 8723 / 2032.

Mi, 12.10.1994, 20.00 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 139

Das Mädchen in der Wand (Videofilm)

Kanada 1987, deutsche Überarbeitung, 60 min.

Das Mädchen in der Wand erzählt die Geschichte einer Frau, die sich mit ihren Erfahrungen als Überlebende sexuellen Mißbrauchs auseinandersetzt. Shirley Turcotte wurde von ihrem Vater sexuell mißbraucht, bis sie im Alter von 14 Jahren von zu Hause wegging.
Die Autorin/Regisseurin zeigt sich in ihrem heutigen Leben und unternimmt in diesem Film mit dem Besuch der Personen und Stätten ihrer Kindheit einen weiteren Schritt, ihre heutige Situation mit der Vergangenheit zu verbinden.
Ein Film, der Hoffnung macht, die gravierenden Folgen sexuellen Mißbrauchs zu überwinden.
Im Anschluß besteht die Möglichkeit zur Diskussion

SWEET LITT... TEEN

Die Sau wird sechzehn...
... und aus der Pubertät ist sie auch schon fast raus...

NETZWERK -Fete
Regenbogenfabrik
Lausitzer. 22 U-Bhf. Görlitzer
8. Oktober
20 Uhr

mit uSAMBAra i.W. &TAZ LeserInnen Chor & Fountainhead Tanztheater - Tanzsolo von Angela Kramer & Jean-Maries Seifenblasen & Milenas Feuertanz & ab 23 Uhr Disco & ab 24 Uhr Tombola

Eintritt: 8/5 DM



FrauenLesbenAbend im CLASH

Café Kneipe im WEDDING

Donnerstag 13.10.94 um 21.00Uhr:
Video: Die verlorene Ehre der Katharina Blum

Donnerstag, 20.10.94 ab 20.00Uhr:
Doppelkopfspieleabend

Billiard, Kicker, Spiele, Filme, Diskussionen

JEDEN DONNERSTAG AB 19.00 UHR

CLASH
Uferstr.13
13357 Berlin-Wedding
Tel. 4627846

U-Bhf. Pankstr. o. Nauener Platz

Veranstaltungen im Rahmen der Solidaritätstage mit den Angeklagten im Kaindl-Prozeß:

ARRANCA-Lesungen

Do 13.Oktober, 19 Uhr im Mathe-Gebäude der TU :
der italienische Schriftsteller **Nanni Balestrini** liest aus verschiedenen Romanen

Mo 31.Oktober, 20 Uhr im Roten Salon der Volksbühne:
Mauricio Rosencof (Uruguay) liest aus seinem neuen Buch "El bataraz"

Termine

Offenes Erwerbslosentreffen: Jeden 1. und 3. Montag im Monat, 16.30 bis 19.00 in der Kollektiven Hand, Sanderstraße 8

"Kaindl"-Prozeßtermine: jeweils Dienstags und Freitags 9.00 im Landgericht Moabit in der Turmstraße

8.10. Demonstration anläßlich der Bundestagsqual
14.00 Hermannplatz

12,10. Der Fall "Kaindl" - **Film und Infos zum Prozeß mit ProzeßbeobachterInnen (siehe nebenstehende Anzeige)**

16.10. Veranstaltung zum Jahrestag der Stammheinmorde und zur Freilassungskampagne von Irmgard Möller
18.00 Haus der Demokratie in der Friedrichstraße

18.10. Demonstration zum Jahrestag der Stammheimmorde und zu den aktuellen Freilassungskampagnen
17.00 Adenauerplatz
19.30 Kundgebung Alt-Moabit - Freiheit für die AntiFas

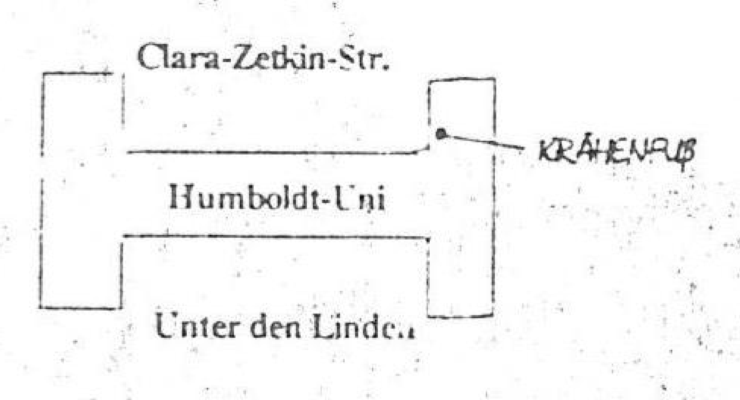


& FLÜCHTLINGSHILFE

ANTIFA-Cafe im KRÄHENFUß

jeden Mittwoch 20.oo Uhr

12.10.94: Der "Fall Kaindl" - Film und Infos zum Prozeß mit ProzeßbeobachterIn
19.10.94: Perspektiven des Antifaschistischen Widerstands
26.10.94: "Das Spinnennetz" - Film nach einem Roman von Joseph Roth
02.11.94: Widerstand im 3. Reich - ehemalige Widerstandskämpfer berichten





CLASH

Kneipe
im Wedding
Uferstr. 13
U6 Pankstr.
U9 Nauener Pl.

Tel:
462 78 46

FETE FETE





CockTailz

essen

8. okt.